Tagesordnung:

- Top 1.) Genehmigung des letzten GR-Protokolls
- Top 2.) Bericht des Prüfungsausschusses
- Top 3.) Nachtragsvoranschlag 2020
- Top 4.) Voranschlag 2021 und erforderliche Beschlüsse - MFP
- Top 5.) Vergabe VS - Aufzug
- Top 6.) Vergabe VS - Schlosser
 - a.) Vordächer
 - b.) Stiege / Tor
- Top 7.) Vergabe VS - Turnsaalausstattung
- Top 8.) Vergabe VS - Fliesenleger
- Top 9.) Vergabe VS - Sanitäre Trennwände
- Top 10.) Vergabe VS - Maler
- Top 11.) Vergabe VS - Innentüren
- Top 12.) Vergabe VS - Linol
- Top 13.) KG Würnitz: EVN Zusatzvereinbarung Sanierung von Lichtpunkten Teil 3
- Top 14.) Wasserabgabenordnung – Korrektur nach Verwaltungsprüfung
- Top 15.) Verlängerung einer Bausperre gemäß § 35 NÖ ROG 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F. für das gesamte gewidmete Bauland in der Katastralgemeinde Rückersdorf
- Top 16.) 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf
- Top 17.) KG Obergänserndorf: 4. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 18.) KG Hetzmannsdorf: 4. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 19.) KG Würnitz: 3. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 20.) KG Mollmannsdorf: 5. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 21.) KG Kleinrötz: 1. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 22.) KG Seebarn: 1. Änderung des Teilbebauungsplanes
- Top 23.) Grundsatzbeschluss – Weiterführung IST-Mobil
- Top 24.) KG Hetzmannsdorf: Grundsatzbeschluss – Gemeindebeitrag Ankauf MTF
- Top 25.) Heizkostenzuschuss 2020/2021
- Top 26.) Kaufangebot Familie Hainzl – Grst.Nr. 2/2 KG Würnitz
- Top 27.) KG Rückersdorf: Ausscheidung aus öffentlichen Gut und Übernahme in den Besitz der Marktgemeinde Harmannsdorf
- Top 28.) Beitrag – Wochenendzüge Regiobahn
- Top 29.) Subventionen
- Top 30.) Bericht des Bürgermeisters und der Ausschussobmänner

Gemäß § 47 NÖ Gemeindeordnung werden die nachstehenden Punkte in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt:

- Top 31.) Personalangelegenheiten

Top 1.) Genehmigung des letzten GR-Protokolls

Im Vorfeld wurde bereits durch Eingaben der Gemeinderätin Hofbauer Eva und des Gemeinderates Wilfried Fasching das Protokoll korrigiert und den Gemeinderäten zugestellt. Mit Mail vom 23.11.2020 möchte Frau Dr. Bunka zum Tagesordnungspunkt 12.) eine Ergänzung zum Protokoll. Dies wurde dem Gemeinderat vorgelesen und über die Aufnahme in das Protokoll abgestimmt.

Antrag des Bürgermeisters: Soll die Eingabe von Frau Dr. Bunka in das Protokoll aufgenommen werden ?

Abstimmungsergebnis	2	Zustimmungen	7-OBL
	16	Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	Grüne

Die Ergänzung in das Protokoll wird abgelehnt, das Protokoll in der Letztfassung – übermittelt an die Mitglieder des Gemeinderates am 13.11.2020 gilt daher als genehmigt.

Top 2.) Bericht des Prüfungsausschusses

Der Obmann des Prüfungsausschusses, Herr Philipp Aigner berichtet über die am 17.11.2020 durchgeführte Prüfungsausschusssitzung in Form einer Videokonferenz. Schwerpunkte waren der Nachtragsvoranschlag 2020 und der Voranschlag 2021 sowie ein Bericht von Amtsleiter Günter Hartl über die finanziellen Auswirkungen von COVID 19 auf die Liquidität der Marktgemeinde Harmannsdorf.

Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen

Top 3.) Nachtragsvoranschlag 2020

Der Nachtragsvoranschlag 2020 lag in der Zeit vom 09.11.2020 bis 23.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf zur öffentlichen Einsicht während der Amtsstunden auf und wurde im Finanzausschuss und im Prüfungsausschuss behandelt. Anfragen im Prüfungsausschuss wurden behandelt und aufgeklärt.

Der Nachtragsvoranschlag wurde nicht zuletzt wegen der massiven Einbrüche bei den Abgabenertragsanteilen, Mindereinnahmen bei der Kommunalsteuer, Mehrausgaben bei Schutzausrüstungen, Masken Desinfektionsmitteln, Mindereinnahmen bei Betreuungsgeldern im Bereich Kindergarten und „Schulischer Nachmittagsbetreuung“ notwendig. Aber auch positive Aspekte konnten in den NTVA eingearbeitet werden, wie z.B. die Inanspruchnahme von Fördermitteln in der Höhe von € 419.747,01 aus der Gemeindemilliarde. Das Haushaltspotential des NTVA 2020 beträgt € 547.300,--. Im NTVA 2020 kommt es zu keiner zusätzlichen Neuverschuldung gegenüber dem Voranschlag 2020.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den NTVA 2020 in der vorgelegten Form beschließen.

Abstimmungsergebnis:	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 4.) Voranschlag 2021

Der Voranschlag 2021 lag in der Zeit vom 09.11.2020 bis 23.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf zur öffentlichen Einsicht während der Amtsstunden auf und wurde im Finanz-

ausschuss und im Prüfungsausschuss behandelt. Anfragen im Prüfungsausschuss wurden behandelt und aufgeklärt. Der Prüfungsausschuss hat den Voranschlag 2021 für in Ordnung befunden. Wie im Vorbericht ersichtlich, ergibt der Voranschlag 2021 bei 4036 Einwohnern ein Haushaltspotential von € 64.400,--, ein Nettoergebnis von € 1.220.300,--, eine Entwicklung der Abgabenertragsanteile von € 3.482.000,-- Corona bedingt abfallend auf € 3.044.000,-- und eine Entwicklung der Finanzkraft für die Umlagenberechnung abfallend von € 4.606.976,-- auf € 4.095.150,--. Die Gebührenhaushalte sind ausgeglichen. Da die finanzielle Entwicklung eben durch Corona für 2021 noch nicht absehbar ist, sind im Voranschlag 2021 vorweg nur Projekte vorgesehen, die zum Teil mit Bedarfszuweisungen des Landes bedeckt werden. Die Finanzierung des Neu- und Umbaus der Volksschule Harmannsdorf ist ja bereits gesichert und geht 2021 in die 2. Phase, wo das restliche Darlehen in der Höhe von € 2.200.000,-- zugezählt wird. Dadurch wird der Schuldenstand Ende 2021 um € 2.200.000,-- auf € 10.694.000,-- ansteigen. Der Rücklagenstand am Ende 2021 wird durch Entnahmen sowie Neubildungen € 407.700,-- betragen. Mit dem Voranschlag werden auch alle erforderlichen zusätzlichen Beschlüsse, MFP, Darlehen, Dienstpostenplan etc. beschlossen.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Voranschlag 2021 und die erforderlichen Zusätze wie MFP, Darlehen und Dienstpostenplan, in der vorgelegten Form beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top.5.) **Vergabe VS – Aufzug**

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurde der Aufzug ausgeschrieben. Es haben sich drei Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma HAUSHAHN – Wien** zum Bruttopreis von **€ 25.375,20**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma Haushahn beschließen

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 6.) **Vergabe VS – Schlosser**

a.) Vordächer

b.) Stiege und Tor

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Schlosserarbeiten geteilt nach a.) Vordächern sowie b.) Stiege und Tor ausgeschrieben.

Zu a.) haben sich zwei Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma STREHWITZER - Wolkersdorf** zum Bruttopreis von **€ 33.518,11**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag Schlosser / Vordächer an die Firma Strehwitzer beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Zu b.) haben sich vier Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma RUDOLF - Leobendorf** zum Bruttopreis von **€ 35.166,72**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag Schlosser / Stiege und Tor an die Firma Rudolf beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 7.) Vergabe VS - Turnsaaleinrichtung

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurde die Turnsaaleinrichtung ausgeschrieben. Dazu haben sich drei Firmen beteiligt und eine Vollausrüstung inkl. Bälle, Netze, Handgeräte, Zubehör, Stangen, Seile, Tore u. vieles mehr angeboten.

Als Billigstbieter ging die Firma **TURKNA – Kirchberg/Pielach** zu einem Bruttopreis von **€ 223.954,18** hervor. Es wird jedoch nur eine Grundausrüstungsvariante (Boden, Wände Decke) zum Preis von ca. Brutto **€ 180.000,--** empfohlen.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag Turnsaaleinrichtung in einer Grundausrüstungsvariante an die Firma Turkna beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 8.) Vergabe VS – Fliesenleger

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Fliesenlegerarbeiten ausgeschrieben. Es haben sich vier Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma LEHNER – Korneuburg** zum Bruttopreis von **€ 106.616,--**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma Lehner beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 9.) Vergabe VS – Sanitäre Trennwände

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Sanitären Trennwände ausgeschrieben. Es haben sich zwei Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma SAX – Wien** zum Bruttopreis von **€ 14.425,20**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma Sax beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 10.) Vergabe VS - Maler

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Malerarbeiten ausgeschrieben. Es haben sich drei Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma GMALT-Oberganserndorf** zum Bruttopreis von **€ 55.278,--**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma Gmalt beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 11.) Vergabe VS - Innentüren

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Tischlerarbeiten - Innentüren ausgeschrieben. Es haben sich zwei Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma PSP - Rohrendorf** zum Bruttopreis von **€ 45.513,--**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma PSP beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 12.) Vergabe VS - Linol

Vom Generalplaner – Enichtmayer Architektur Hochbau Planung e.U. wurden die Bodenlegerarbeiten Linol ausgeschrieben. Es haben sich fünf Firmen an der Ausschreibung beteiligt, nach der Überprüfung der Angebote ergeht folgender Vergabevorschlag: **Firma SCHMIDT – Großrußbach** zum Bruttopreis von **€ 68.209,44**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Auftrag an die Firma Schmidt beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 13.) KG Würnitz: EVN Zusatzvereinbarung Sanierung von Lichtpunkten Teil 3

Für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED in der KG Würnitz, ist für die dritte Tranche von 100 Straßenlampen, mit der EVN eine Zusatzvereinbarung betreffend die Kosten in der Höhe

von € 78.142,-- exkl. Mwst. abzuschließen. (siehe Beilagen: Zusatzvereinbarung, Ausbauplan)
Es wird angemerkt, dass seitens der Marktgemeinde Harmannsdorf beim Kommunalen Investitionsprogramm (KIP 2020) um eine Förderung von Umstellungskosten (€ 250.000) in der Höhe 50% somit von € 125.000,-- angesucht wurde.

Die dritte Tranche soll in der Sitzung am 24. November 2020 beschlossen werden.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Zusatzvereinbarung Sanierung von Lichtpunkten Teil 3 beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 14.) **Wasserabgabenordnung – Korrektur nach Verordnungsprüfung**

Die Wasserabgabenordnung – GR Beschluss vom 28.07.2020 wurde von der Aufsichtsbehörde des Landes NÖ geprüft. In der Verordnung wurde unter § 5 Abs. 3 die Verrechnungsgröße 63 als falsch beanstandet, richtig ist 65. Demnach ist auch die Bereitstellungsgebühr nicht € 1.575,- sondern € 1.625,--

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Harmannsdorf beschließt nachstehende Änderung der Wasserabgabenordnung vom 28.07.2020. Die unter § 5 Abs. 3 Verrechnungsgröße 63 wird auf Verrechnungsgröße 65 geändert. Dadurch ändert sich auch die Bereitstellungsgebühr von € 1.575,-- auf € 1.625,--. Die beschlossene Änderung tritt nach entsprechender Kundmachung mit 01.01.2021 in Kraft.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Änderung der Wasserabgabenordnung § 5 Abs. 3 beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	Grüne

Top 15.) **Verlängerung einer Bausperre gemäß § 35 NÖ ROG 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F. für das gesamte gewidmete Bauland in der Katastralgemeinde Rückersdorf**

Die Marktgemeinde Harmannsdorf beabsichtigt die Verlängerung einer Bausperre gemäß § 35 NÖ ROG 2014, LGBl. Nr. 3/2015 i.d.g.F., für das gesamte gewidmete Bauland (einschließlich der innenliegenden Grün- und Verkehrsflächen) in der Katastralgemeinde Rückersdorf.

Der Teilbebauungsplan der Katastralgemeinde Rückersdorf befindet sich derzeit in Arbeit. Die Vorerhebungen und Detailbesprechungen wurden bereits durchgeführt. Mit der öffentlichen Auflage des Entwurfs kann Anfang 2021 gerechnet werden. Aus diesem Grund soll die bestehende

Bausperre gemäß NÖ Raumordnungsgesetz §35 Abs. 3 um ein Jahr (bis 31.12.2021) bzw. bis zur Fertigstellung des Teilbebauungsplans verlängert werden.

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt folglich den Antrag, folgende Verordnung zu beschließen:

§ 1

Auf Grund des § 35 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F., wird die am 27.11.2018 für die Katastralgemeinde Rückersdorf beschlossene Bausperre für das gesamte

gewidmete Bauland (einschließlich der innenliegenden Grün- und Verkehrsflächen) um ein Jahr verlängert.

§ 2

Die Bausperre hat den Zweck, für den Bereich des Baulandes in der Katastralgemeinde Rückersdorf die Erlassung eines Bebauungsplanes gemäß § 29 Abs. 2 NÖ Raumordnungsgesetz 2014, zu sichern.

Durch diesen Bebauungsplan sollen vorrangig folgende Ziele erreicht werden:

- Bewahrung des Ortsbildes
- Sicherstellung der für die einzelnen Siedlungsbereiche typischen Bauweisen
- Festlegung von Straßenfluchtlinien zwecks Grundabtretung in öffentliches Gut
- Regelung der zulässigen Gebäudehöhen

Da die Arbeiten zur Erstellung des Teilbebauungsplanes noch nicht abgeschlossen und noch einige Fragen zu klären sind, soll die gesetzliche Möglichkeit genutzt und die Bausperre um ein Jahr verlängert werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung am 01.01.2021 in Kraft.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Verlängerung der Bausperre in der KG Rückersdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	15	Zustimmungen	
	4	Gegenstimmen	2 Grüne, 2 7-OBL
	2	Stimmenhaltungen	2 FPÖ

Top 16.) 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler führt einleitend aus, dass die Tagesordnungspunkte 16 bis 22 vom zuständigen Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch und seinem Mitarbeiter DI Graf Florian erläutert werden. Die Beschlussfassungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten erfolgen im Anschluss an die Erläuterungen entsprechend der Tagesordnung.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt.

Änderungspunkt 4 soll aufgrund einer erforderlichen Abstimmung mit dem Grundeigentümer (vorerst) nicht in dieser Gemeinderatssitzung beschlossen werden.

Weiters soll aufgrund einer Besprechung am 16.11.2020 mit dem Amtssachverständigen des Amtes der NÖ Landesregierung von einer Beschlussfassung des Änderungspunkts 7 aufgrund noch erforderlichen Abklärungsbedarfs (vorerst) Abstand genommen werden. Auf einen Beschluss des Änderungspunktes 12 wird zur Gänze verzichtet werden. Es wird daher bei der Behandlung der Stellungnahmen auf die Stellungnahmen zu den Änderungspunkten 4 und 7 nicht eingegangen. Dies erfolgt erst im Rahmen der Beschlussfassung der beiden Änderungspunkte 4 und 7 zu einem späteren Zeitpunkt. Zu Änderungspunkt 12 sind keine Stellungnahmen eingetroffen.

Behandlung der Stellungnahmen:

Im Zeitraum der Auflage wurden 6 schriftliche Stellungnahmen zur Änderung des Flächenwidmungsplanes eingebracht.

Die Stellungnahmen wurden den Gemeinderäten vorab zur Durchsicht übermittelt. Daher wird auf eine vollinhaltliche Verlesung der Stellungnahmen in der Gemeinderatssitzung verzichtet. (Die Stellungnahmen wurden außerdem am 18.11.2020 in der Sitzung des Gemeindevorstands ausführlich behandelt.)

Aufgrund des engen Zusammenhangs der Stellungnahmen zwischen der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes und den Änderungen bzw. Erlassungen der Teilbebauungspläne wurde jede für diesen Gemeinderatsbeschluss relevante Stellungnahme einmal (für alle gegenständlichen Verfahren) kurz erläutert und auf den Vorschlag des Gemeindevorstandes hingewiesen.

1. Die Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt (WA1, Amt der NÖ Landesregierung) teilt in ihrer Stellungnahme in Vertretung der Republik Österreich (Land- und Forstwirtschaftsverwaltung - Wasserbau) als Eigentümerin von Gewässergrundstücken in den Katastralgemeinden Hetzmannsdorf, Kleinrötz, Mollmannsdorf, Obergänserndorf, Rückersdorf, Seebarn und Würnitz mit, dass gegen die vorgesehene Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes (Flächenwidmungsplan) grundsätzlich kein Einwand besteht.

Es ist jedoch unbedingt darauf zu achten, dass entlang der Gewässer ausreichend breite Betreuungs- und Erhaltungsstreifen frei von jeglicher Verbauung gehalten werden.

Die Lage und Breite der Betreuungsstreifen möge mit der zuständigen Wasserbauverwaltung (Abteilung Wasserbau des Amtes der NÖ Landesregierung bzw. Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung) festgelegt werden.

Im Rahmen des gegenständlichen Widmungsverfahrens erfolgen teilweise im Nahbereich von Gewässern Umwidmungen. Großteils handelt es sich hierbei jedoch lediglich um ein Hinzufügen einer Funktionsbezeichnung zur Widmung Grünland-Grüngürtel. Durch die weiteren Umwidmungen im Nahbereich von Gewässergrundstücken kommt es zu keiner relevanten Änderung der Zufahrtssituation die Auswirkungen auf die Gewässergrundstücken haben wird.

Daher empfiehlt der Gemeindevorstand:

*Diese Stellungnahme wird **zur Kenntnis** genommen.*

2. Hr. Mag. Florian Zeh, LL.M., Bräunerstraße 3/6, A-1010 Wien führt in seiner Stellungnahme zur 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes sowie zur 4.Änderung des Teilbebauungsplans Hetzmannsdorf an, dass

- a.) gemäß §14 Abs. 2 Zi. 13 NÖ Raumordnungsgesetz 2014 „Bei der Festlegung von Widmungsarten ist auf strukturelle Gegebenheiten Bedacht zu nehmen.

Das Bahnhofsgebäude in Hetzmannsdorf, Bahnweg 3 wurde ca. 1991 aufgelassen. Die ÖBB wurde in der Folge ermächtigt Baulichkeiten, die 15 Jahre ungenutzt waren zu verkaufen, weswegen er das Bahnhofsareal samt ehemaligen Bahnhofsgebäude samt 4 Nebengebäuden 2008 kaufen durfte. In der Folge wurde mit hohem Kosteneinsatz saniert und das Haus seit 2011 als Wohnhaus, das ehemalige Lademagazin als Gartenhaus und die vorhandenen Geräte- und Holzschuppen weiterhin als Geräte- und Holzschuppen genutzt.

Die strukturelle Gegebenheit eines Bahnhofsgebäudes liegt daher seit 1991 nicht mehr

vor, sodass die Einbeziehung seiner Liegenschaft in „eine etwaige zukünftige Wiederaufnahme des regulären Bahnhofsbetriebes“ ausgeschlossen ist.

b.) Gemäß §20 Abs. 2 Zi. 18 NÖ Raumordnungsgesetz normiert wie folgt:

„Freihalteflächen: Flächen, die aufgrund öffentlicher Interessen (Hochwasserschutz, Umfahrungsstraßen, besonders landschaftsbildprägende Freiräume, u.dgl.) von jeglicher Bebauung freigehalten werden sollen.“

Seine Liegenschaft ist seit 1907 bebaut. Die Freihaltung seiner Liegenschaft von jeglicher Bebauung ist daher – seit Errichtung der darauf befindlichen Gebäude im Jahr 1907 – nicht mehr möglich. Die Widmung seiner Liegenschaft in „Grünland-Freihaltefläche-Verkehrsinfrastruktur“ ist daher gesetzwidrig.

c.) §24 Abs. 11 Zi. 4 NÖ Raumordnungsgesetz normiert wie folgt:

(11) Das örtliche Raumordnungsprogramm bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn es

4. den Bestimmungen der §§2, 13, 14 Abs. 1 und 2, 15, 16 Abs. 1 und 4, 18, 19, 20, 21, 22 Abs. 1 und 4, 24 Abs. 1 bis 5 und Abs. 7 bis 10 und 25 widerspricht.

Die Landesregierung darf bei der Beurteilung erforderliche Sachverständige beiziehen, die lediglich von der Behörde vorgegebene Fragen beurteilen.

Das Beweisthema hat sich auf die Übereinstimmung der Genehmigungsanträge mit den Bestimmungen dieses Gesetzes zu beschränken.

Das örtliche Raumordnungsprogramm samt Teilbebauungsplan Hetzmannsdorf verstößt gegen §20 NÖ Raumordnungsgesetz. Die Landesregierung wird daher seine diesbezügliche Genehmigung gemäß §24 leg.cit. zu versagen haben.

d.) §34 Abs. 1 Zif.3 NÖ Raumordnungsgesetz normiert wie folgt:

„(1) Der Bebauungsplan ist dem geänderten örtlichen Raumordnungsprogramm anzupassen, wenn seine Festlegung von der Änderung berührt werden.

Der Bebauungsplan darf abgeändert oder durch einen neuen ersetzt werden

3. wenn sich eine Festlegung als gesetzwidrig herausstellt oder“

Auf Grund vorstehender Ausführungen ist es evident, dass die geplanten Änderungen hinsichtlich seiner Liegenschaft gesetzwidrig sind. Sollte daher auf dieser Grundlage ein Bebauungsplan erstellt werden, so wird dieser ebenfalls gemäß vorstehender Norm zu korrigieren sein.

e.) Sollte die Gemeinde trotz (nunmehriger) Kenntnis der Gesetzwidrigkeit der in Aussicht genommenen Widmung seiner Liegenschaft in „Grünland-Freihaltefläche-Verkehrsinfrastruktur“ dennoch festlegen, so kann Unkenntnis bzw. Fahrlässigkeit nicht mehr eingewendet werden und sind rechtliche Risiken für die Gemeinde bzw. für die daran beteiligten Personen daher nicht auszuschließen. Die Widmung seiner Liegenschaft in Bauland – wie dies vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 02.12.2008 auf Grund der Stellungnahme des Amts der NÖ Landesregierung vom 22.09.2008 ja auch bereits beschlossen wurde – wäre demgegenüber mit keinerlei rechtlichen Risiken behaftet.

Herr Zeh stellt unter Bezugnahme

- Auf vorstehende Ausführungen,
- Die Stellungnahme des Amts der NÖ Landesregierung vom 22.09.2008 und
- Den Beschluss des Gemeinderates vom 02.12.2008
den Antrag seine Liegenschaft Grundstück Nr. 490 inneliegend in Grundbuch 1103 Hetzmannsdorf EZ 248 in Bauland zu widmen.

In Beilage 1 wird in einem Schreiben der Abt. Bau- und Raumordnungsrecht (Gz.: RU1-BR-3/1279-2008) der Stellungnahme beigefügt in welchen seitens der Abt. Bau- und Raumordnungsrecht wie folgt Stellung genommen wird:

„Die im Flächenwidmungsplan derzeit bestehende Ausweisung des Grundstückes mit der Nummer 490 als Eisenbahnfläche stellt keine Widmung im Sinne des §15 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 sondern eine Kenntlichmachung im Sinne des Abs. 2 Z. 1 der zitierten Bestimmung dar.

Es ist daher aufgrund des dargestellten Sachverhalts (Verkauf des Bahnhofsgebäudes an Privatpersonen) ein Handlungsbedarf der Marktgemeinde im Hinblick auf die Festlegung einer Widmungsart (z.B. Bauland) gegeben, um anzeige- bzw. bewilligungspflichtigen Bauvorhaben hinsichtlich des Gebäudes baurechtlich möglich zu machen.

In Beilage 2 wird ein Schreiben der Marktgemeinde Harmannsdorf beigelegt in welchem der damalige Bürgermeister Leopold Steindl ausführt:

„Ich beziehe mich auf unser Telefonat am 17.12.2008 sowie den bisherigen Schriftverkehr in obiger Angelegenheit und möchte Ihnen auf diesem Weg die Entscheidung des Gemeinderats mitteilen.

Im Protokoll über die diesbezügliche Sitzung am 2.12.2008 ist folgendes festgehalten: „Die im Flächenwidmungsplan derzeit bestehende Ausweisung des Grundstücks Nr. 490 als Eisenbahnfläche stellt keine Widmung im Sinne des §15 Abs. 1 NÖ Raumordnungsgesetz 1976 sondern eine Kenntlichmachung im Sinne des Abs.2 Z i dar.

Aufgrund dieser Widmungsart sind zurzeit weder anzeige- noch bewilligungspflichtige Bauvorhaben im betroffenen Bereich baurechtlich möglich.

Um den Eigentümern der betroffenen Liegenschaft Parz. 490 in der KG Hetzmannsdorf die geplanten Renovierungsarbeiten am ehemaligen Bahnhofsgebäude zu ermöglichen, wird seitens der Gemeinde ein entsprechendes Umwidmungsverfahren eingeleitet.

Die Grundeigentümer müssen sich jedoch zu folgenden Zugeständnissen verpflichten:

- Bauliche oder andere Veränderungen am äußeren Bestand des Bahnhofsgebäudes dürfen nur unter Wahrung des derzeitigen Erscheinungsbildes dieses Objektes vorgenommen werden (d.h. der Bahnhofscharakter des Gebäudes muss erhalten bleiben).
- Einräumung der Dienstbarkeit für die Gemeinde hinsichtlich der Verlegung von öffentlichen Leitungen.
- Grundsätzliche Zustimmung der Grundeigentümer zur möglichen Wiederaufnahme des Schienen- bzw. Personenverkehrs an der vorbeiführenden Bahnstrecke (Regionalbahn Korneuburg – Ernstbrunn).
- Sollten bewilligungspflichtige Sanierungsarbeiten am Bahnhofsgebäude vorgenommen werden, sind Aufschließungsabgaben bescheidmäßig vorzuschreiben (vorherige Zustimmung zum Rechtsmittelverzicht).

Auf Basis dieser Bedingungen soll der bestehende Flächenwidmungsplan hinsichtlich der KG Hetzmannsdorf wie folgt geändert werden:

Die Neuwidmung des Grundstückes Nr. 490, KG Hetzmannsdorf, auf die künftigen Widmungsarten „Bauland-Wohngebiet“ und „Grünland-Land- und Forstwirtschaft“:

Die geplante Bauland-Widmung reicht von der Landesstraße bis drei Meter nordwestlich des bestehenden Schuppens.

Die restliche Fläche soll in Grünland-Land- und Forstwirtschaft umgewidmet werden.“

Ich hoffe, mit diesem Beschluss eine für beide Seiten vertretbare Entscheidung erwirkt zu haben und ersuche Sie – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – um schriftliche Zustimmung zu dieser Vorgehensweise.“

Aufgrund der von Hr. Mag. Zeh eingebrachten Stellungnahme wurde seitens der Gemeindevertreter mit Hr. Mag. Zeh Kontakt aufgenommen und der Sachverhalt

erläutert. Da bis dato noch kein Feststellungsbescheid gemäß §29 Abs. 4 Eisenbahngesetz 1957 vorliegt soll die Umwidmung (vorerst) gemäß den Auflageunterlagen erfolgen. Bei Vorliegen dieses Feststellungsbescheides (die Marktgemeinde Harmannsdorf und der Grundeigentümer forcieren die Bereitstellung dieses Bescheides) wird die gegenständliche Situation neuerlich geprüft und weiter verfolgt. Eine Ausweisung des ehemaligen Bahnhofs als im Grünland-erhaltenswertes Gebäude (nach Vorlage einer eisenbahnrechtlichen Genehmigung gilt die auch als baurechtliche Genehmigung) wäre anzudenken. Eine Baulandwidmung ist aufgrund der direkten Lage an der Bahntrasse voraussichtlich nicht realisierbar.

Daher empfiehlt der Gemeindevorstand:

*Diese Stellungnahme wird **zur Kenntnis** genommen.*

3. Herr Günter und Frau Elisabeth Binder, 2111 Rückersdorf möchten zum geplanten Entwurf der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes folgendes festhalten:

Der Punkt Ergänzung von Funktionsbezeichnungen zu Grünland-Grüngürtel ist für die angeführten Parzellen (insbesondere 219/4) der Begriff Ggü-Hochwasserretention willkürlich gewählt.

Es wird die Frage aufgeworfen, welche baulichen Maßnahmen seitens der Gemeinde geplant bzw. getroffen werden müssen um die Ggü-Hochwasserretention zu erfüllen bzw. zu gewährleisten? Sie denken nicht, dass sich Hochwasser an auf Papier vorgegebene bzw. geplante Grenzen hält.

Welche Folgen hat das für die Besitzer der Parzellen?

Wer kommt für die Wertminderung des Grundstückes auf Grund der Umwidmung auf? Begründung für diese Fragestellungen ist, dass die Parzellen .448 und die benachbarte Parzelle 214/40 als Ggü-Uferbegleitgrün ausgewiesen sind. Diese Flächen unterscheiden sich in keiner Weise von den oben angeführten.

Sollte der Zweck verfolgt werden, in diesen Bereichen keine Bebauung zuzulassen, so ist dies unserer Meinung nach mit der Bezeichnung Ggü-Uferbegleitgrün ausreichend erfüllt.

Im Erläuterungsbericht wird auch darauf hingewiesen, dass nach der Errichtung des Retentionsbeckens (im Nordosten der KG Harmannsdorf) im Zuge der geplanten Umfahrung (siehe Seite 6 Pkt. A Hochwassergefährdung) im Siedlungsgebiet von Rückersdorf keine Gefährdungen durch 30- und 100-jährliche Hochwässer mehr vorhanden sind.

Die Stellungnahme von Fam. Binder zu Änderungspunkt 7 soll im Rahmen der Beschlussfassung des Änderungspunktes 7 behandelt werden.

In einem Gutachten der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU7) des Amtes der NÖ Landesregierung (Gz.: RU7-O-228/074-2019) zur 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wird darauf verwiesen, dass im gesamten Gemeindegebiet Grünland-Grüngürtelwidmungen ohne einer Funktionsbezeichnung bestehen. Im Rahmen des gegenständlichen Änderungsverfahrens wurden somit alle im Gemeindegebiet vorhandenen Grünland-Grüngürtel ohne Funktionsbezeichnung untersucht und eine Funktionsbezeichnung hinzugefügt. Entsprechend der Abflussuntersuchung Donaugraben (Rückersdorf-Obergänserndorf) befindet sich Parz. 219/4 derzeit innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers und dient dementsprechend bei einem Hochwasserereignis als Retentionsraum. Aus diesem Grund wurde die Funktionsbezeichnung „Hochwasserretention“ gewählt. Ob nach Umsetzung des geplanten Hochwasserschutzes für

Rückersdorf eine Anpassung der Funktionsbezeichnung oder Umwidmung in eine andere Widmungskategorie erfolgen soll bzw. kann, könnte im Rahmen eines der nächsten Änderungsverfahren behandelt werden. Die Funktionsbezeichnung entspricht daher dem derzeitigen Ist-Zustand.

Eine grundlegende Änderung durch das Hinzufügen der Funktionsbezeichnung zu einem Grünland-Grüngürtel ist nicht gegeben. Es wird jedoch genauer definiert, dass nunmehr auch bewilligungs- oder anzeigepflichtige Bauvorhaben ermöglicht werden, die für eine Nutzung (in diesem Fall zur Hochwasserretention) erforderlich sind (NÖ Raumordnungsgesetz §20 Abs. 4). Aufgrund der fehlenden Funktionsbezeichnung wäre dies nur durch Interpretation der ursprünglichen Planungsintention möglich gewesen. Die Festlegung dient daher einer exakteren Festlegung der geplanten Nutzung des Grünland-Grüngürtels und stellt eine rechtliche Sicherheit für die Grundbesitzer dar.

Eine Wertminderung ist durch das Hinzufügen einer Funktionsbezeichnung nicht gegeben. Die Widmungsabgrenzung und auch die Widmung an sich wurden nicht verändert.

Die Parzellen 214/40 und Parz. 219/4 befinden sich beide innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers, jedoch unterscheiden sie sich bereits alleine durch deren Größe und Form und auch der Lage im Bereich des Donaugrabens. Aufgrund der Grundstückskonfiguration (schmale, kleinflächige Parzelle) und der Lage direkt am Donaugraben ist eine anderwärtige Nutzung der Parzelle 214/40 nicht zu erwarten. Weiters ist die Parzelle bereits nahezu zur Gänze mit Uferbegleithölzen bestockt. Dies ist im Gegensatz zur Parzelle 219/4 welche auch flächenmäßig größer als Parz. 214/40 konfiguriert ist, nicht der Fall. Hier ist lediglich eine geringe Bestockung zu erkennen. Ein großer Teil des gesamten Grünland-Grüngürtels-Hochwasserretention befindet sich nicht in Ufernähe. Da auch dieser Retentionsbereich (Grünland-Grüngürtel-Hochwasserretention) in seiner Gesamtheit anzusehen ist, lässt sich aus rein raumordnungsfachlicher Sicht keine Vergleichbarkeit ableiten.

Seitens der Marktgemeinde Harmannsdorf sind keine Maßnahmen zur Hochwasserretention geplant.

Jener Teil der Stellungnahme die Änderungspunkt 7 betreffen wird im Rahmen der Beschlussfassung des Änderungspunktes 7 behandelt.

Daher empfiehlt der Gemeindevorstand:

*Dieser Stellungnahme wird **nicht** entsprochen.*

4. Hr. Matthias Steinfeder, 2111 Tresdorf gab eine Stellungnahme zu Änderungspunkt 7 der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogramms ab. Daher wird diese Stellungnahme erst im Zuge der Beschlussfassung des Änderungspunktes 7 behandelt.
5. Hr. DI(FH) Christian Neumayer brachte fristgerecht eine 64-seitige Stellungnahme zur 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes ein. Aufgrund des Umfangs der Stellungnahme werden hier alle relevanten von Hr. Neumayer angesprochenen Themenbereiche kurz erläutert und dazu Stellung genommen. Jene von Hr. Neumayer zitierten Textpassagen aus dem Erläuterungsbericht bzw. Auszüge aus Gesetzestexten werden nicht nochmals explizit angeführt). Weiters werden die Anmerkungen zum Änderungspunkt 4 und 7 und welche einen Bezug auf Änderungspunkt 4 oder 7 aufweisen erst im Zuge der Beschlussfassung der beiden Änderungspunkte behandelt.

Öffentliche Einsichtnahme:

Hr. Neumayer führt an, dass die Auflageunterlagen lediglich auf dem Gemeindeamt zur Einsicht vorlagen und nicht im Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. In Zeiten von Corona sollte den Gemeindebürgern die Möglichkeit gegeben Alternativen für einen Besuch im Gemeindeamt anzubieten.

Es ist gesetzlich nicht erforderlich zusätzlich zur erforderlichen Auflage am Gemeindeamt die Unterlagen auf elektronischem Weg anzubieten bzw. auf Anfrage zu übermitteln. Diese Regelung wurde auch durch die derzeit herrschende Coronapandemie nicht abgeändert. Die Auflage wurde daher seitens der Marktgemeinde korrekt durchgeführt.

Zu Erläuterungsbericht „Aktuelle Flächenbilanz und Bautätigkeit“:

Hier führt Hr. Neumayer an, dass bei den derzeit 16,5 ha Bauland-Wohngebietsreserven 330 Bauplätze bei zulässigen 2 Wohneinheiten somit 660 Wohneinheiten geschaffen werden könnten. Somit wäre eine Bedarfsabdeckung (bei Berücksichtigung der Bautätigkeit der letzten 10 Jahre) für 20 – 30 Jahre gegeben. Legt man die Bevölkerungsentwicklung (+519 Einwohner, bei 330 Wohneinheiten mit 3 Personen je Wohneinheit) zugrunde wären die Bauland-Wohngebietsreserven für ca. 120 Jahre ausreichend. Da die aufgrund der Tendenz der Preisentwicklung für Wohnbauland steigt ist von 2 Wohneinheiten/500m² auszugehen, was wiederum zu einer Verdoppelung der oben angeführten Berechnungen führen würde. Weiters stehen zusätzlich noch im Bauland-Agrargebiet Baulandreserven zu Verfügung.

Daher sind lt. Hr. Neumayer jegliche Umwidmungen von wertvollem Ackerland in Bauland jeglicher Art abzulehnen. Auch wird in der neuen Gesetzgebung „Bodensparen“ angestrebt. Auch die Marktgemeinde Harmannsdorf sollte diesem Trend folgen, denn beim tatsächlichen Bedarf, kann ohnehin die Umwidmung vorgenommen werden, derzeit bedient man damit vorrangig Spekulanten, Immobilienunternehmen und Privatinteressen.

Ein Widerspruch ergibt sich lt. Hr. Neumayer hinsichtlich der Beschränkung auf 2 Wohneinheiten, da somit die Bedarfsdeckung um 33% reduziert und eine Umwidmung von Grünland in Bauland mit enormen Kosten durch hinsichtlich Infrastruktur einhergeht. Die Einnahmen der Aufschließungskosten decken nur einen geringen Prozentsatz ab.

Hr. Neumayer weist auf seine Stellungnahme zur 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes hin, die keinen Einzug in die Entscheidung zu den 2 Wohneinheiten gefunden hat und nicht an den Gutachter des Landes NÖ weitergeleitet wurde. Die Stellungnahme zur 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wurde in der Stellungnahme zur 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes nochmals angeführt.

Hr. Neumayers Anmerkungen zu den Betriebsgebietsreserven stehen im Bezug zu Änderungspunkt 7 und werden daher im Gemeinderatsbeschluss zu Änderungspunkt 7 behandelt.

Hr. Neumayer bezeichnet die Flächenbilanz als verwirrend, da die Marktgemeinde fälschlicherweise als „Rückersdorf“ bezeichnet wird.

Zwar bestehen in der Marktgemeinde Harmannsdorf einige Wohnbaulandreserven. Diese stellen jedoch Baulandausweisungen dar, die vor einer möglichen Vertragsraumordnung gewidmet wurden. Eine Baulandmobilisierung ist daher zur Gänze vom jeweiligen Grundeigentümer abhängig. Solange kein Verkauf seitens der Grundeigentümer gewünscht wird, sind der Gemeinde somit die Hände gebunden. Aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit der Baulandreserven ist es erforderlich punktuelle Neuwidmungen an Wohnbauland zur Deckung des Baulandbedarfs durchzuführen. Die Marktgemeinde Harmannsdorf bedient sich bei jeglicher Schaffung

von neuem Wohnbauland und auch Bauland-Betriebsgebiet Baulandmobilisierungsverträge die eine Verfügbarkeit der neu ausgewiesenen Flächen sicherstellt. Ohne diese Umwidmungen für Bautätigkeiten wäre keine positive Bevölkerungsentwicklung möglich.

Für neues Bauland sind entsprechende Aufschließungsabgaben fällig, diese werden entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten seitens der Gemeinde eingehoben. Es liegt jedoch trotz der anfallenden Kosten im Auftrag der Gemeinde ausreichende Kapazitäten an Bauland bereitzustellen obwohl die Kosten hierfür (teilweise) die Erträge überschreiten.

Jene in der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes abgegebene Stellungnahme wurde im Bauausschuss am 19.11.2019 vollinhaltlich verlesen und besprochen sowie im Gemeinderat am 25.11.2019 ausführlich behandelt und auch zum Teil entsprochen. Weiters wurde die Stellungnahme mit den Gemeinderatsunterlagen am 23. Dezember 2019 der zuständigen Abteilung RU1 des Amts der NÖ Landesregierung übermittelt.

Die Stellungnahme der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wurde bereits im Verfahren der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes behandelt und ist daher nicht in diesem Verfahren zu berücksichtigen, da auch der angesprochene Änderungspunkt 41 nicht Teil der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes ist.

Die Bezeichnung der Flächenbilanz wird entsprechend der Ausführungen von Hr. Neumayer angepasst und den Gemeinderatsunterlagen beigelegt.

Naturräumliche Gegebenheiten:

Lt. Hr. Neumayer wurde in einer Besprechung am 11.02.2020 zur Grundablöse für die Umfahrung B6 seitens eines Besprechungsteilnehmers des Landes NÖ ausgeführt, dass „Bei einer Errichtung einer Hochwasserschutzmaßnahme, darf damit kein neues Bauland geschaffen werden.“. Mit dieser Rechtsauskunft sollte lt. Hr. Neumayer klargestellt werden, dass die angeführte Retention somit eine Umwidmung von derzeit innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers gelegenen Grünlandflächen in Bauland nur unter Missachtung der derzeitigen Rechtslage ermöglicht. Dies gilt für alle Katastralgemeinden.

Gemäß NÖ Raumordnungsgesetz §15 Abs. 3 Zi. 1 ist eine Umwidmung in Bauland innerhalb eines 100-jährlichen Hochwassers nicht zulässig. Dementsprechend ist auch keine Umwidmung in Bauland in gefährdeten Bereichen geplant. Im Erläuterungsbericht zu den naturräumlichen Gegebenheiten wird lediglich der Ist-Zustand aufgezeigt und ein Ausblick auf die geplante Hochwasserschutzmaßnahme angeführt. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass vermutlich der Großteil der derzeit gefährdeten Siedlungsbereichs nach Umsetzung des Retentionsbeckens nicht mehr gefährdet ist.

Leider liegt zur angeführten Besprechung kein Besprechungsprotokoll vor und es kann nicht belegt werden, wer diese Aussage getätigt hat – auch ist nicht nachvollziehbar, warum eine Hochwasserschutzmaßnahme generell keine Umwidmungen in Bauland auf den nunmehr hochwassersicheren Flächen ermöglichen sollte. Eine Begründung bzw. einen Gesetzestext hierzu wurde seitens Hr. Neumayer nicht vorgelegt.

Anmerkung zum regionalem Raumordnungsprogramm Wien Umland Nord:

Dieser Unterpunkt der Stellungnahme steht im direkten Bezug zu Änderungspunkt 7 und wird daher im Rahmen der Beschlussfassung zu Änderungspunkt 7 behandelt.

Änderungspunkt 1:

Hr. Neumayer führt zu Änderungspunkt an – in speziellen zu Parz. 219/4, das die Funktionsbezeichnung Grünland-Grüngürtel-Retention völlig unbegründet und als Willkür zu bezeichnen ist. Als Argument führt er Auszüge mit gemessenen Höhenkoten aus dem NÖ-Atlas an. Weiters führt Hr. Neumayer aus, dass auch die östlich der von der Umwidmung betroffenen Parzellen als Bauland-Agrargebiet gewidmet sind und auch dies für diesen Bereich erfolgen sollte. Hr. Neumayer vermutet Privatinteressen der handelnden Personen hinter dieser Festlegung. Eine ungeplante Hochwasserretention, wie sie in der Widmung ausgewiesen wird, sei unwirksam, wie dies unter Fachleuten bekannt sei.

Die Widmung Grünland-Grüngürtel stammt aus einer Zeit, als der Donaugarben südlich der Harmannsdorferstraße auch die Grenze des Siedlungsgebietes war. Nun befindet sich östlich hiervon ein Siedlungsgebiet.

Es wird außerdem angeführt, dass in der Vergangenheit eine Siedlung zu Bauland-Wohngebiet gewidmet wurde, obwohl dies als feuchter Bereich ausgewiesen ist und Großteils innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers liegt.

Die Nutznießer dieses Retentionsbereichs „müssen“ lt. Hr. Neumayer in einem angemessenen Ausmaß entschädigt werden. Dies wäre auf zivilrechtlichem Weg möglich, jedoch wollen dies die Entscheidungsträger der Gemeinde und des Landes NÖ (Wasserbauabteilung) nicht wissen und verweigern jegliche Kooperation zu dem Vorschlag des Rechtsanwalts von Hr. Neumayer. Die angeführte „erfolgte Untersuchung“ des Grünland-Grüngürtels auf dessen Verwendungszweck und Funktion, wird aus den oben angeführten Gründen in Frage gestellt und im Weiteren auch deshalb, da aus geologischer Sicht und der Höhe des vorhandenen Grundwasserhorizonts und der in diesem Gebiet bestehenden und genutzten Brunnen eine Retention abzulehnen ist. Dies begründet sich auch aus dem damit verbundenen Wasserrecht und in der mit der Retention verbundenen möglichen Kontamination des Grundwassers und Brunnen.

Bei Änderungspunkt 1 erfolgte lediglich das Hinzufügen einer Funktionsbezeichnung zu den bereits rechtskräftig ausgewiesenen Grünland-Grüngürtelwidmungen innerhalb des gesamten Gemeindegebietes ohne entsprechende Funktionsbezeichnungen. Dies wurde seitens der Abt. RU7 des Amtes des NÖ Landesregierung gefordert. Widmungsabgrenzungsänderungen erfolgten demnach in diesem Änderungspunkt keine. Die angesprochene Fläche (Parz. 219/4) war daher bereits rechtskräftig als Grünland-Grüngürtel gewidmet und bleibt dies auch weiterhin, jedoch lediglich mit dem Zusatz der „Hochwasserretention“. Der gegenständliche Bereich liegt innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers und dient daher (lt. der Abflussberechnung) unweigerlich als Retentionsbereich für ein 100-jährliches Hochwassers. Aus diesem Grund ist die Funktionsbezeichnung korrekt und faktenbasierend ausgewählt worden. Jedwede Privatinteressen wurden nicht berücksichtigt, da auch keine Änderung der Widmungskategorie vorgenommen wurde.

Auch wurden jene Flächen, die bereits als Bauland ausgewiesen waren in der Untersuchung der Grünland-Grüngürtel ohne Funktionsbezeichnung nicht berücksichtigt, da aufgrund der Anregungen des Amtes der NÖ Landesregierung lediglich die Grünland-Grüngürtelwidmungen ohne Funktionsbezeichnung zu behandeln sind.

Jene Baulandwidmungen die lt. Hr. Neumayer nunmehr innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers erfolgten, sind vermutlich darauf zurückzuführen, dass zum damaligen Zeitpunkt noch keine Anschlaglinien des 100-jährlichen Hochwassers verfügbar waren und sich diese Bereiche erst nachträglich als nicht hochwassersicher herausstellten. Bei Vorliegen einer Hochwassergefährdung ist gemäß NÖ Raumordnungsgesetz §15 Abs. 3 Zi. 1 einen Baulandwidmung nicht zulässig und wäre somit auch vom Amt der NÖ Landesregierung nicht genehmigbar gewesen.

Eine Entschädigung für die Eigentümer ist grundsätzlich nicht vorgesehen, auch wenn es lt. Hr. Neumayer eine zivilrechtliche Möglichkeit gäbe. Für die Grundeigentümer sind keine relevanten Änderungen durch die Festlegung einer Funktionsbezeichnung zu erwarten. Sie bekommen hierdurch sogar mehr Möglichkeiten als in der derzeitigen Widmung ohne Funktionsbezeichnung da nunmehr klargestellt wird, dass etwaige Maßnahmen zur Hochwasserretention ermöglicht werden.

Die von Hr. Neumayer angeführten Brunnen im gegenständlichen Bereich sind nicht im Wasserbuch (lt. NÖ Atlas) verzeichnet, daher handelt es sich vermutlich um Nutzwasserbrunnen, daher sind Einschränkungen der Nutzbarkeit durch die Ergänzung einer Funktionsbezeichnung nicht zu erwarten.

Änderungspunkt 4:

Dieser Änderungspunkt soll (vorerst) nicht beschlossen werden, daher wird dieser Teil der Stellungnahme im Rahmen der Beschlussfassung dieses Änderungspunktes behandelt werden.

Änderungspunkt 7:

Dieser Änderungspunkt soll (vorerst) nicht beschlossen werden, daher wird dieser Teil der Stellungnahme im Rahmen der Beschlussfassung dieses Änderungspunktes behandelt werden.

Änderungspunkt 8:

Dieser Änderungspunkt wird von Hr. Neumayer befürwortet.

Änderungspunkt 9:

Die geplante Umwidmung ist lt. Hr. Neumayer ein Akt der Willkür, wie schon die Einführung der Beschränkung des Bauland-Wohngebietes auf max. 2 Wohneinheiten. Hier verweist Hr. Neumayer auf seine Stellungnahme zur 22. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes. Weiters werden Berechnungen zu der Festlegung von max. 2 Wohneinheiten angestellt. Aus Sicht Hr. Neumayers ist die Steuerung der Bebaubarkeit über die Festlegung von maximal 2 Wohneinheiten nicht sinnvoll, sondern sollte über die Bebauungsdichte, Bauweise und Bauklasse und mögliche Pflichtstellplätze erfolgen.

Die Festlegung von Bauland-Wohngebiet mit Einschränkung auf maximal 2 Wohneinheiten ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Auch aufgrund der Anregung von Hr. Neumayer in seiner Stellungnahme zur 22. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wurden jene Bereiche in welchen bereits derzeit mehr als zwei Wohneinheiten bestehen aus der Festlegung von maximal 2 Wohneinheiten ausgenommen. Daher ist auch der gegenständliche Bereich dementsprechend als Bauland-Wohngebiet ohne Zusatzeinschränkung festzulegen, da bei Umsetzung des in diesem Bereich bereits genehmigten Projektes ein Wiederaufbau (z.B.: nach einem Elementarereignis) mit gleicher Anzahl an Wohneinheiten nicht mehr möglich wäre. Somit ist auch bei diesem Änderungspunkt keine Willkür erkennbar (die Einreichung des Bauprojekts erfolgte vor Rechtskraft der 22. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes).

Eine Steuerung der Bebauung mittels Bebauungsdichte, Bauweise und Bauklasse ist aufgrund des noch nicht verordneten Teilbebauungsplan Rückersdorf nicht möglich, da diese Festlegungen lediglich in einem Bebauungsplan getroffen werden können. Die möglichen Bauungen werden nach Verordnung des Teilbebauungsplans mittels der Einschränkung des Bauland-Wohngebietes auf maximal 2 Wohneinheiten in Kombination mit der Festlegung einer Mindestgröße für Bauplätze (sowie der verpflichtenden Inhalte eines Bebauungsplans – Bauklasse, Bauungsweise) wie seitens der Gemeindevertreter beschlossen eingeschränkt um eine ausufernde Bebauung mit Mehrfamilienhäusern und der dadurch anfallenden hohen Kosten für die technische und soziale Infrastruktur zu verhindern.

Änderungspunkt 27:

Hr. Neumayer führt auch zu diesem Änderungspunkt an, dass es sich um reine Willkür der handelnden Personen handelt. Die Absicht der Freihaltung dieses Gebietes für Landwirte und deren Hofstellen ist grundsätzlich zu befürworten.

Der geplante Änderungspunkt in Kombination mit jener in der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes geplanten Grünland-Hofstelle sowie dem Wunsch auf Umwidmung eines Gebäudes auf Parz. .514 in im Grünland-erhaltenswertes Gebäude übersteigt das Ausmaß an Willkür und könnte rechtliche Schritte gegen die handelnden Personen nach sich ziehen. Hr. Neumayer führt nachfolgende Punkte in der Stellungnahme zu Änderungspunkt 27, zu der Widmung Grünland-Hofstelle (im Rahmen der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes) und zum Widmungswunsch eines im Grünland-erhaltenswerten Gebäudes an:

a. Hr. Neumayer kritisiert, dass kein Antrag auf Umwidmung gestellt werden kann.

Das NÖ Raumordnungsgesetz sieht keinen offiziellen „Antrag“ für eine Umwidmung vor. Daher gibt es auch kein Formular für einen Antrag. Hierbei handelt es sich daher um einen Widmungswunsch und das wurde in einer raumordnungsfachlichen Stellungnahme dementsprechend klargestellt.

b. Gegen die Widmung Grünland-Hofstelle der 22.Änderung besteht kein Einwand, jedoch werden dadurch Fragen der Ungleichbehandlung aufgeworfen.

Die in der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogramms geplante Grünland-Hofstelle ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

c. In einer raumordnungsfachlichen Stellungnahme wird angeführt, dass „Aufgrund der Lage innerhalb des 100-jährlichen Hochwassers muss von einer negativen Begutachtung der Ausweisung als Grünland-erhaltenswertes Gebäude durch den Amtssachverständigen für Raumordnung ausgegangen werden. Es wäre daher keine Genehmigung durch das Amt der NÖ Landesregierung für die gewünschte Umwidmung zu erwarten.“ Dies ist reine Mutmaßung und hat lt. Hr. Neumayer keine rechtliche Grundlage (in Hinblick auf die geplante Grünland-Hofstellenwidmung im Rahmen der 22.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes). *Der Unterschied zwischen der geplanten Grünland-Hofstelle sowie dem in Grünland-erhaltenswertes Gebäude ist die Tatsache das nach der zum Zeitpunkt der Auflage sowie zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gültigen Rechtslage des §15 oder §20 Abs. 2 Zi. 1b des NÖ Raumordnungsgesetz kein Widmungsverbot für Grünland-Hofstellen innerhalb des 100-jährlichen Hochwassers besteht. (Trotzdem wurde vorsorglich eine Stellungnahme der Abteilung Wasserbau (WA3) des Amtes der NÖ Landesregierung (DI Werner Rubey) hinsichtlich der Hochwassergefährdung eingeholt). Ganz im Gegensatz zu einer Umwidmung in Grünland-erhaltenswertes Gebäude, das im §20 Abs. 2 Zi. 4 lit. b eine Widmung innerhalb des 100-jährlichen Hochwassers dezidiert ausschließt. Daher konnte bereits vor einem Verfahren ausgeschlossen werden, dass eine Widmung als Grünland-erhaltenswertes Gebäude seitens des Amtes der NÖ Landesregierung genehmigt werden wird. Daher war es erforderlich diesen Satz dementsprechend zu formulieren. Dies stellt daher keine Mutmaßung (wie lt. Hr. Neumayer ausgeführt) dar, sondern stellt klar, dass bei einer Einreichung dieses Änderungspunktes ein negatives Gutachten des Amtes der NÖ Landesregierung logischerweise erfolgen würde*

Weiters führt Hr. Neumayer in seiner Stellungnahme an, dass die in der Gemeinde verantwortlichen Personen nicht über die erforderliche Ausbildung für die unterschiedlichen Kompetenzverteilungen verfügen und daher auch der Gemeinderat bei diversen Abstimmungen darüber überfordert ist. Grundsätzlich stellt Hr. Neumayer in diesem Zusammenhang die Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten in Frage.

In dieser zu keinem Änderungspunkt zugehörigen Erklärung wird die demokratische Verteilung der Kompetenzen in Frage gestellt und ist daher nicht Teil des gegenständlichen Verfahrens.

Daher empfiehlt der Gemeindevorstand:

*Diese Stellungnahme wird **zur Kenntnis** genommen.*

6. Hr. Dr. Wolfgang Kretschmer, 1010 Wien gab eine Stellungnahme zu Änderungspunkt 7 der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogramms ab. Daher wird diese Stellungnahme im Zuge der Beschlussfassung des Änderungspunktes 7 behandelt.

Der Gemeinderat schließt sich mehrheitlich den Vorschlägen des Gemeindevorstands zu der Behandlung der Stellungnahmen an.

Bürgermeister Mag. Norbert Hendl stellt nunmehr den Antrag, die, für den Änderungspunkt 14 der 23. Änderung des Örtlichen Raumordnungsprogrammes erforderlichen Verträge zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der neuen Wohnbaulandfläche zwischen der Marktgemeinde Harmannsdorf und den betroffenen Grundeigentümern zu beschließen (Beilagen 16.7 bis 16.9):

Dazu verlässt GR Wilfried Fasching wegen Befangenheit den Sitzungssaal

- KG. Kleinrötz: Parz. 1988, Eigentümer: Heinz Sattler, geb. 20.11.1980 wohnhaft in 2111 Harmannsdorf, Weichselgasse 30,
- KG. Kleinrötz: Parz. 1989, Eigentümerin: Martina Fasching, geb. 30.06.1966 wohnhaft in 2111 Kleinrötz, Hauptstraße 40
- KG. Kleinrötz: Parz. 1990, Eigentümerin: Martina Fasching, geb. 30.06.1966 wohnhaft in 2111 Kleinrötz, Hauptstraße 40

Antrag des Bürgermeisters: Der Gemeinderat möge die für den Änderungspunkt 14 der 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf, erforderlichen Verfügbarkeitsverträge mit den betroffenen Grundeigentümern „beschließen“.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	2	Gegenstimmen	7-OBL
	1	Stimmenhaltungen	GR- Hofbauer Eva

GR Wilfried Fasching kehrt in den Sitzungssaal zurück.

Die Verfügbarkeit der Parzelle 1987 wird dahingehend sichergestellt, dass seitens der Abteilung Wasserbau, Regionalstelle Weinviertel, DI Werner Ruby (Schreiben vom 23.11.2020) bestätigt wird, dass vom Zugriffsrecht für Parzelle 1987 Gebrauch gemacht wird und die Verfügbarkeit somit sichergestellt wird (Beilage 16.10).

Am 16.11.2020 fand eine Besprechung zur 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes statt. In Anwesenheit von Gemeindevertretern, Vertretern des Amtes der NÖ Landesregierung und Vertretern des Raumplanungsbüros wurden alle Änderungspunkte besprochen und es erfolgten Lokalausweise zu ausgewählten Änderungspunkten. Entsprechende Anmerkungen der zuständigen Vertreter(innen) des Amtes der NÖ Landesregierung flossen in die Änderungen zum Gemeinderatsbeschluss ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Fr. MMag. Andrea Kaufmann), wurde bislang noch nicht das Gutachten des zuständigen Amtssachverständigen der Abt. RU7, Hr. Dipl. Ing. Martin Hois, übermittelt. Jedoch wurde (nach einer Besprechung und Lokalausweis am

16.11.2020 mit den Gemeindevertretern) am 20.11.2020 das raumordnungsfachliche Gutachten des Amtssachverständigen - noch ohne rechtliche Würdigung – an die Marktgemeinde Harmannsdorf übermittelt.

Da jedoch nunmehr die Änderungspunkte 4, 7 und 12 nicht zur Beschlussfassung kommen sollen, werden lediglich die Anmerkungen des Amtssachverständigen für Raumordnung zu den in der gegenständlichen Gemeinderatssitzung zur Beschlussfassung vorgelegten Änderungspunkten erläutert. Hr. Dipl. Ing. Martin Hois hat zu nachfolgenden Änderungspunkten relevante Anmerkungen:

Änderungspunkt 1: Die Festlegungen der Funktionsbezeichnungen sind aufgrund der Lage und der Situation vor Ort Großteils selbsterklärend. Dies trifft jedoch nicht auf Einzelfälle zu, daher sind näherer Erklärungen bzw. Erläuterungen zu nachfolgenden Funktionsbezeichnungen notwendig:

- Rückersdorf Nord Parz. 6019, 6029 – Oberflächenabfluss: In der Hangwassergefahrenhinweiskarte gibt es keinen Hinweis auf einen Fließweg. Der Durchlass unter der B6 in diesem Bereich entwässert augenscheinlich auf das westlich im BW liegende Grundstück Nr. 6019. Die Funktionsbezeichnung wäre nur dann sinnvoll, wenn es eine entsprechende Planungsabsicht gibt, die Entwässerung künftig im Bereich des Grünland-Grüngürtels vorzunehmen. Besprechungsergebnis: Die Funktionsbezeichnung soll geändert werden auf „Siedlungsabschluss“.
Aufgrund der Besprechung und des Gutachtens des Amtssachverständigen für Raumordnung wurde die Funktionsbezeichnung in diesem Bereich auf „Siedlungsabschluss“ abgeändert.
- Rückersdorf Bereich a.) Parz. 196/3 bzw. b.) 218/3: Sind Retentionsmaßnahmen gesetzt bzw. geplant? Wie begründet sich die Funktion?
Da sich die beiden angeführten Parzellen und auch deren umliegender Bereich innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers befinden wurde die Funktionsbezeichnung dementsprechend als „Hochwasserretention“ gewählt. Etwaige Retentionsmaßnahmen sind nicht geplant. Diese Flächen dienen als natürlicher Retentionsraum gemäß der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers. Die Festlegung entspricht somit dem Istzustand. Sollten die Flächen (nach Umsetzung eines Hochwasserschutzprojektes) nicht mehr innerhalb der Anschlaglinie des 100-jährlichen Hochwassers liegen soll diesem Bereich eine andere Funktion zugewiesen werden.
- Kleinrötz Parz. 562/2 „Hochwassersicherheit“: Westlich von Parz. 562/2 im Bereich der Parz. 1443/2 gibt es einen Fließweg gemäß Hangwasserkarte, in Richtung Osten im Bereich der Parz. 562/2 steigt das Areal an. Besteht hier aktuell eine Hochwassergefährdung? Näherer Erklärungen erforderlich.
In diesem Bereich liegt zwar keine Abflussuntersuchung vor, jedoch steigt der Wasserpegel des Rötzer Grabens des Öfteren an, daher ist derzeit bereits ein Regenrückhaltebecken im Nordosten der Ortschaft geplant, welches die Oberflächenwässer vorab sammeln soll. Da sich der verrohrte Rötzer Graben in diesem Bereich befindet (welcher die Wassermengen aufnimmt) soll dieser Bereich als Grünland-Grüngürtel-Hochwassersicherheit ausgewiesen werden um bei einer etwaigen Verklausung der Verrohrung keine Schäden an Gebäuden zu zulassen. Nach erfolgter Umsetzung des Regenrückhaltebeckens könnte diese Fläche im Rahmen eines der nächsten Verfahren – entsprechend den neuen Grundlagen – begutachtet werden und eine etwaige Anpassung der Widmung bzw. Funktionsbezeichnung erfolgen.
- Mollmannsdorf Parz. 918/2 „Verkehrstrennung“: Es handelt sich um eine parkartig gestaltete Grünfläche mit Kapelle, Funktion nicht nachvollziehbar.
Diese Funktionsbezeichnung dient (derzeit) zur Entschärfung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Florianigasse – Dorfstraße (L1118) und der Lerchenauer bzw. Hauptstraße (L33) und in weiterer Folge der Querung der Bahntrasse. Derzeit sind erste Überlegungen für eine

Umgestaltung dieses Bereichs im Laufen. Im Zuge eines der nächsten Änderungsverfahren wäre eine etwaige Umwidmung in Grünland-Parkanlage denkbar.

- Mollmannsdorf Parz. 1200, 99, 100 „Waldabstand“: Die Definition ist unverständlich, da Wohngebäude nur im Bauland-Wohngebiet möglich sind und nicht an den Wald heranrücken können. In der Natur handelt es sich um Hausgärten. Vermutlich soll eine Abstandsfläche zum Wald gesichert werden.

Durch die geplante Funktionsbezeichnung soll ein Sicherheitspuffer zwischen dem Waldbestand und dem Bauland-Wohngebiet geschaffen werden. Bei einer etwaigen Verwaltung besteht somit die Möglichkeit seitens der Forstbehörde eine Rodung zu genehmigen. Grundsätzlich soll südwestlich des Bauland-Wohngebiets eine Verwaltung verhindert werden.

Zu Änderungspunkt 9 wird angemerkt, dass es sich um eine begründete Anpassungsmaßnahme handelt, jedoch empfiehlt der Amtssachverständige für Raumordnung die Einschränkung auf maximal 2 Wohneinheiten auch für das schmale Grundstück Nr. 4063 aufzuheben. Das Grundstück liegt zwischen Bauland-Wohngebiet ohne Einschränkung und ist unbebaut. Die Beschränkung macht aufgrund der Lage wenig Sinn, eine gemeinsame Nutzung wäre sinnvoll. *Hier wurden Gespräche zwischen den Grundeigentümern der Parz. 4062/2 und 4063 geführt, die jedoch nicht zu einem für beide Seiten zufriedenstellenden Ergebnis führten. Parzelle 4062/2 war nicht Gegenstand des Auflageverfahrens und kann daher nicht in diesem Verfahren in abgeänderter Form beschlossen werden. Eine Abänderung der Einschränkung der maximal zwei Wohneinheiten ist im Rahmen eines der nächsten Verfahren denkbar.*

Änderungspunkt 14: Hierzu werden seitens des Amtssachverständigen für Raumordnung nachfolgende Defizite aufgezeigt:

- Für die Widmungsänderung fehlt die Begründung, es ist kein Änderungsanlass dokumentiert (Notwendigkeit, Bedarf für Neuwidmung von Wohnbauland). Das betrifft auch die Größe und Abgrenzung der Widmungsflächen. Kleinrötz verfügt über den prozentuell höchsten Anteil an Wohnbaulandreserven im Vergleich mit den anderen Ortschaften im Gemeindegebiet.
- In der Hangwassergefahrenhinweiskarte sind Fließwege eingetragen. Die beiliegenden Karten zum Regenrückhaltebecken zeigen eine mögliche Beeinträchtigung des gegenständlichen Bereichs (Sturzflut), die nicht berücksichtigt ist.
- Verfügbarkeit: Ein Nachweis der Verfügbarkeit fehlt.
- Regionales Raumordnungsprogramm: Ein wesentliches Ziel im regionalem Raumordnungsprogramm Wien Umland Nord ist es, Neuwidmungen von Bauland nur dann vorzunehmen, wenn die Entwicklungsziele der Gemeinde nicht auch durch Mobilisierung der vorhandenen Reserven erreicht werden können. Wie oben dargelegt ist nach derzeitigem Stand nicht nachgewiesen, dass im Hinblick auf die Entwicklungsziele der Gemeinde eine Neuwidmung im geplanten Ausmaß tatsächlich erforderlich ist.

Bewertung: Abgesehen von der fehlenden Begründung gibt es aus fachlicher Sicht Klärungsbedarf zu weiteren Aspekten (s. oben). Eine abschließende Bewertung kann erst nach Vorlage der ergänzenden Unterlagen erfolgen. In siedlungsstruktureller Hinsicht handelt es sich um eine Abrundung des Siedlungsgebietes ohne raumbedeutsame Auswirkungen auf die Entwicklung der Ortschaft bzw. die Gesamtentwicklung der Gemeinde.

Anmerkung: Im Rahmen der Besprechung wurden die Planungsüberlegungen für das Widmungsvorhaben argumentiert. Im Kern geht es nicht vorrangig um den Bedarf nach Wohnbauland, sondern um ein bedeutsames Gesamtprojekt zum Schutz der Ortschaft vor Überflutungen im Falle von Starkregenereignissen.

Es wird ergänzend festgestellt, dass es sich hierbei um einen Lückenschluss zwischen dem nördlich und südlich hiervon bereits rechtskräftig ausgewiesenen Bauland-Wohngebiet handelt.

Anbindungsmöglichkeiten für die technische Infrastruktur befinden sich in der Kreuzgasse oder im Kreuzungsbereich der Badgasse mit der Gemeindestraße „Am Hohlweg“.

Für die Errichtung des Regenrückhaltebeckens im Nordosten der Ortschaft Kleinrötz besteht ein öffentliches Interesse, da dadurch die Oberflächenwässer bereits vorab gesammelt werden, der Rötzer Graben entlastet und die Ortschaft dadurch abgesichert wird.

Den ausgewiesenen Hangwässer wird dahingehend Beachtung geschenkt, dass nunmehr im Verordnungstext die Freigabebedingung „Die Funktionsfähigkeit des Regenrückhaltebeckens östlich der Aufschließungszone BW-A29-2WE muss hergestellt sein.“ hinzugefügt werden soll. Dadurch ist eine Gefahr durch Hangwässer in diesem Bereich nicht (mehr) zu erwarten.

Da nicht der Bedarf an Wohnbauland im Vordergrund steht, entspricht die geplante Widmungsmaßnahme §5 Abs. 2 Zi. 1 Regionales Raumordnungsprogramm Wien Umland Nord [aufgrund des Vorhandenseins nachvollziehbarer Tatsachen und aktuellerer Grundlagen (öffentliches Interesse des Regenrückhaltebeckens)].

Weiters wird angemerkt, dass die Flächen für das Regenrückhaltebecken lediglich zu Verfügung stehen, wenn eine Baulandwidmung im Westen der Parzellen erfolgt.

Zu Änderungspunkt 21 wird angeführt, dass es sich bei a.) um eine fachlich unproblematische Abgrenzungskorrektur zwischen BA und Vö handelt und bei b.) eine Umwidmung von privater zu öffentlicher Verkehrsfläche, die damit begründet wird, dass es sich um eine Nebenzufahrt zu Parz. 335 handelt. Dazu ist unverständlich, wozu eine als Wiesenweg ausgestaltete Nebenzufahrt öffentlich sein muss.

Die öffentliche Verkehrsfläche ist in diesem Fall notwendig, da aufgrund neuer Erkenntnisse aus der Vorstandssitzung vom 18.11.2020, es sich nicht nur um eine Nebenzufahrt zu Parz. 335 handelt. In diesem Bereich besteht auch die Hauptzufahrt zu Parz. 332 und eine zusätzliche (zu Parz. 335) Nebenzufahrt zu Parz. 333. Weiters befinden sich in diesem Bereich öffentliche Kanalleitungen. Dieser Änderungspunkt soll daher trotzdem wie aufgelegt beschlossen werden.

Änderungspunkt 25: Die Zielsetzung und die Absicht, die innerörtlichen Nutzungsmöglichkeiten zu verbessern, können die Widmungsänderungen rechtfertigen. Jedoch hat sich im Rahmen der Besprechung herausgestellt, dass eines der Presshäuser aufgrund der bisherigen Widmung von Bauland-Wohngebiet für Wohnzwecke genutzt wird. Dementsprechend soll bei der Beschlussfassung von der Erweiterung der Bauland-Sondergebietswidmung Abstand genommen und der Bereich ebenfalls in die Bauland-Kerngebiets-Widmung einbezogen werden.

Entsprechend den Ausführungen des Amtssachverständigen für Raumordnung wird nunmehr das Bauland-Kerngebiet auch in jenem Bereich ausgewiesen werden, der im Auflageentwurf als Bauland-Sondergebiet-Presshäuser vorgesehen war. Dadurch ist die bestehende Wohnnutzung weiterhin abgesichert. (Bisher war die gegenständliche Fläche als Bauland-Wohngebiet gewidmet.)

Die weiteren Änderungspunkte sind ausreichend aufbereitet, begründet und fachlich aufbereitet.

Vom Amt der NÖ Landesregierung Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann) wurde mit Schreiben vom 10.11.2020 das Gutachten der für Naturschutzangelegenheiten zuständigen Abteilung BD1-N übermittelt. In diesem Gutachten wird für alle 28 Änderungen festgestellt, dass

1. Keine der Änderungen berührt naturschutzrechtliche Festlegungen. Dies trifft sowohl auf Überlagerungswirkungen als auch auf Ausstrahlungseffekte zu, beides kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden.
2. Die angestrebten Baulanderweiterungen samt vorsorglich angestrebten Freihalteflächen beanspruchen durchwegs intensiv genutztes Ackerland.

Änderungspunkt 7 beansprucht eine Fläche die wahrscheinlich heuer nicht mehr bewirtschaftet wurde und eine junge Brache mit geringem Deckungsgrad der Vegetation beherbergt. Generell können diesen Standorten keine Eigenschaften konstatiert werden, die einen Verdacht auf Artenschutzrelevanz begründen könnten.

Somit kann für den Fachbereich Naturschutz mitgeteilt werden, dass keine Bedenken gegen eine Nichtversagung der Planung in Form der aktuell vorgelegten Fassung (Änderungsentwurf) gesehen werden.

Abänderungen und ergänzende Erläuterungen zum aufgelegten Entwurf:

(Die abgeänderten Plandarstellungen liegen dem Gemeinderatsbeschluss bei – Beilagen 16.12 – 16.18)

Hinweis: Die mittlerweile rechtskräftigen Freigaben der Aufschließungszonen BW-A20 (KG Rückersdorf) und BA-A25 (KG Hetzmannsdorf) werden in den Plandarstellungen dementsprechend ausgewiesen. Da nunmehr die Aufschließungszone BW-A20 in der KG Rückersdorf freigegeben wurde, ist auch die Plandarstellungen zu Änderungspunkt 3 dahingehend abzuändern, dass im südlichen Bereich nunmehr „Bauland-Wohngebiet mit Einschränkung auf maximal 2 Wohneinheiten“ festgelegt wird, statt „Bauland-Wohngebiet-Aufschließungszone 20 mit Einschränkung auf maximal 2 Wohneinheiten“.

Die Änderungspunkte 4, 7 und 12, welche nicht in diesem Gemeinderatsbeschluss verordnet werden sollen, werden daher auch in den Plandarstellungen nicht dargestellt.

Bei jener im Rahmen des Änderungspunkts 1 im Norden des Siedlungsgebietes Rückersdorfs geplanten Funktionsbezeichnung Grünland-Grüngürtel-Oberflächenabfluss wird aufgrund einer Besprechung mit dem Amtssachverständigen für Raumordnung nunmehr die Funktionsbezeichnung auf Grünland-Grüngürtel-Siedlungsabschluss abgeändert. Hintergrund für die geänderte Funktionsbezeichnung ist die Klarstellung, dass östlich des gegenständlichen Grünland-Grüngürtels (zumindest bis zu einer Verlegung der B6) keine Siedlungserweiterung erfolgen soll.

Bei Änderungspunkt 6 wurde in einer Besprechung seitens des Amtssachverständigen für Raumordnung angeraten die Bruttogeschossfläche der in der Kellergasse situierten im Grünland-erhaltenswerten Gebäude einzuschränken. Da dies jedoch in diesem Verfahren nicht zu Auflage gebracht wurde, sollen diese Abänderungen in einem der nächsten Verfahren behandelt werden.

Im Bereich des Bahnhofs Rückersdorf (Änderungspunkt 8) wird im Unterschied zum Auflageentwurf die öffentliche Verkehrsfläche in nahezu identer Breite wie im südlichen Bereich bereits rechtskräftig als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen. Dadurch befindet sich auch der bereits bestehende Straßenverlauf zur Gänze innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche.

Zu Änderungspunkt 14 wurde im Erläuterungsbericht angemerkt, dass eine Stellungnahme zum Meliorationsgebiet zur geplanten Umwidmung bis zum Gemeinderatsbeschluss vorgelegt wird. In dieser Stellungnahme der Abteilung WA3 wird angeführt, dass im Zuge der Planung und Errichtung des Rückhaltebeckens darauf geachtet wird, dass der oder die Sammler der Anlage je nach Gefällsverhältnissen in das Becken einmünden oder umgelegt und am Becken vorbeigeführt werden. Das Rückhaltebecken kann jedenfalls so errichtet werden, dass die Drainageleitungsanlagen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. Die Stellungnahme der Abteilung WA3 des Amtes der NÖ Landesregierung liegt den Beschlussunterlagen bei.

Die Plandarstellung des **Änderungspunktes 18** wird dahingehend angepasst, dass nunmehr der Böschungsbereich im Nordwesten des Friedhofs als Grünland-Böschungssicherung ausgewiesen wird. Eine Erweiterung der Grünland-Friedhof-Widmung soll lediglich im Bereich des Friedhof-abfallsammlers erweitert werden. Die öffentliche Verkehrsfläche wird entsprechend des Naturstandes im nahezu ebenen Bereich ausgewiesen und ein bestehendes Lager für Streugut als öffentliche Verkehrsfläche festgelegt. Die weiteren Widmungsabgrenzungen bleiben unverändert.

Änderungspunkt 20 soll dahingehend abgeändert werden, dass die öffentliche Verkehrsfläche-Fußweg im Unterschied zum Auflageentwurf nunmehr lediglich in jenem Bereich ausgewiesen werden soll, der für einen motorisierten Individualverkehr aufgrund der Hangneigung und der Breite nicht geeignet ist. Dadurch wird es den angrenzenden Grundeigentümern ermöglicht auch über Nebenzufahrten zu ihren Parzellen zu gelangen.

Im Zuge des **Änderungspunktes 25** war vorgesehen die Parzellen 1916 und 1914 als Bauland-Sondergebiet-Presshäuser auszuweisen. Da jedoch in einem der Gebäude in diesem Bereich eine Wohnnutzung erfolgt soll nunmehr von der Ausweisung als Bauland-Sondergebiet-Presshäuser abgesehen werden und stattdessen Bauland-Kerngebiet (wie für den westlichen Bereich vorgesehen) verordnet werden. Dadurch ist die Wohnnutzung weiterhin gesichert.

Bei **Änderungspunkt 28** war geplant die Funktionsbezeichnung zu einer im Süden der Katastralgemeinde Rückersdorf rechtskräftig gewidmeten Grünland-Sportstätte von „Fußball“ in „Ball sport“ abzuändern. Nunmehr soll zur Sicherstellung einer möglichen Tennisanlage die Funktionsbezeichnung „Ball sport“ um die Funktionsbezeichnung „Tennis“ ergänzt werden. Die neue Widmung lautet demnach nun Grünland-Sportstätte-Ball sport + Tennis“

Abänderungen im Verordnungstext:

Entsprechend der Besprechung mit dem Amtssachverständigen für Raumordnung sollen aufgrund der Oberflächenwässer im Bereich des Änderungspunktes 14, die Freigabebedingungen dahingehend ergänzt werden, dass vor Freigabe der Aufschließungszone BW-A29-2WE die Funktionsfähigkeit des Regenrückhaltebeckens hergestellt sein muss. Aus diesem Grund werden die Freigabebedingungen um nachfolgende zusätzliche Freigabebedingung ergänzt:

- Die Funktionsfähigkeit des Regenrückhaltebeckens östlich der Aufschließungszone BW-A29-2WE muss hergestellt sein.

Die Beschlussfassung soll in drei Verordnungen erfolgen. Die Änderungspunkte 1-3, 5-11 und 13-28 sind hierbei Teil der Verordnung A.

Änderungspunkt 14 soll jedoch aufgrund der noch fehlenden abschließenden Begutachtung durch den Amtssachverständigen für Raumordnung in einer separaten Verordnung beschlossen werden um eine zeitliche Verzögerung der Rechtskraft der anderen Änderungspunkte zu verhindern.

Die Änderungspunkte 8, 10 und 16 sollen aufgrund der noch fehlenden eisenbahnrechtlichen Feststellungsbescheide als Verordnung C beschlossen werden um eine Verzögerung der Rechtskraft der weiteren Änderungspunkte zu verhindern.

Die Änderungspunkte 4, 7 und 12 sollen aufgrund noch erforderlichen Abklärungsbedarfs (vorerst) noch nicht verordnet werden.

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt den Antrag, die Verordnung A der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (alle Änderungspunkte außer: 4,7,12 werden in dieser

Sitzung nicht behandelt, 14 wird in Verordnung B behandelt und 8,10 u. 16 werden in Verordnung C behandelt, zu beschließen.

Verordnung A:

§ 1

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGB1. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend abgeändert, dass für die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in den **Katastralgemeinden Hetzmannsdorf, Kleinrötz, Mollmannsdorf, Obergänsersdorf, Rückersdorf, Seebarn und Würnitz** die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.

§ 2

Die Plandarstellung, die gemäß § 2 Zi. 3d der Planzeichenverordnung, LGB1. 8000/2-0, als Schwarz-Rot-Darstellung ausgeführt und mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die Punkte der 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf, außer 4,7,12,14, 8,10 u. 16 beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	2	Gegenstimmen	7-OBL
	2	Stimmenhaltungen	Grüne

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt den Antrag, die Verordnung B (Änderungspunkt 14) 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes der Marktgemeinde Harmannsdorf inklusive der Abänderung des Verordnungstextes zu beschließen:

Zu diesem Punkt verlässt GR Wilfried Fasching wegen Befangenheit den Sitzungssaal

Verordnung B:

§ 1

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGB1. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend abgeändert, dass für die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in der **Katastralgemeinde Kleinrötz Änderungspunkt 14)** die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.

§ 2

Weiters wird das örtliche Raumordnungsprogramm durch folgende Festlegungen ergänzt:

Als Bedingung für die Freigabe der in dieser Änderung neu ausgewiesenen Aufschließungszone wird festgelegt:

BW-A29 - KG Kleinrötz:

- Die Erstellung eines Teilungsplanentwurfs in Abstimmung mit der Marktgemeinde Harmannsdorf und den Grundeigentümern, der eine ökonomische Nutzung (mind. 3 Bauplätze) des Wohnbaulandes sicherstellt
- Sicherstellung der Herstellung der notwendigen Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie einer funktionsgerechten Zufahrt
- Die Verlegung der Drainageleitungen.
- Die Funktionsfähigkeit des Regenrückhaltebeckens östlich der Aufschließungszone BW-A29-2WE muss hergestellt sein.

§ 3

Die Plandarstellung, die gemäß § 2 Zi. 3d der Planzeichenverordnung, LGBL. 8000/2-0, als Schwarz-Rot-Darstellung ausgeführt und mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 4

Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge den Punkt 14 der 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	2	Gegenstimmen	7-OBL
	1	Stimmenhaltungen	GR- Hofbauer Eva

GR- Wilfried Fasching kehrt in den Sitzungssaal zurück

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt den Antrag, die Verordnung C der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes (Änderungspunkte 8, 10 und 16 betrifft Bahnhöfe) der Marktgemeinde Harmannsdorf zu beschließen:

Verordnung C:

§ 1

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird das örtliche Raumordnungsprogramm dahingehend abgeändert, dass für die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung rot umrandeten Grundflächen in den **Katastralgemeinden Hetzmannsdorf, Mollmannsdorf und Rückersdorf** (Änderungspunkte 8, 10 und 16) die auf der Plandarstellung durch rote Signatur dargestellte Widmungsart festgelegt wird.

§ 2

Die Plandarstellung, die gemäß § 2 Zi. 3d der Planzeichenverordnung, LGBL. 8000/2-0, als Schwarz-Rot-Darstellung ausgeführt und mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch die NÖ Landesregierung und nach ihrer darauffolgenden Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die Punkte 8,10 u. 16 der 23. Änderung des „Örtlichen Raumordnungsprogrammes“ der Marktgemeinde Harmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	4	Stimmenhaltungen	7-OBL, Grüne

Top 17.) **KG Obergänserndorf: 4. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Obergänserndorf war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit traf keine schriftliche Stellungnahme zur 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Obergänserndorf ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Änderungspunkt 19 soll aufgrund der Tatsache, dass nunmehr in diesem Bereich keine Teilung (wie zum Zeitpunkt der Auflage vorgesehen) sondern eine Parifizierung der Parz. 247, 248 und 249 erfolgen wird abgeändert werden. Da diese Parzellen nun als eine Liegenschaft angesehen werden müssen, ist im Bereich der drei oben genannten Parzellen die gekuppelte Bauweise (wie bereits im rechtskräftigen Teilbebauungsplan festgelegt) jene Bauweise die am ehesten dem Baubestand entspricht. Die „Abgrenzung von Baulandflächen innerhalb derselben Widmung- und Nutzungsart, wenn die Bauweise, Bauhöhe und Bauabstände nicht übereinstimmen“ sowie die Anbauverpflichtung an der seitlichen Grundgrenze der Parzelle 248 werden daher nicht festgelegt.

Bei **Änderungspunkt 20** soll die Plandarstellung der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes zum Gemeinderatsbeschluss abgeändert werden, da sich in einem Bereich der im Auflageentwurf als „öffentliche Verkehrsfläche-Fußweg“ vorgesehen war, doch Zufahrten zu Liegenschaften befinden. Daher wird die öffentliche Verkehrsfläche-Fußweg nunmehr lediglich in jenem Bereich ausgewiesen, der tatsächlich lediglich zu Fuß bewältigbar ist. Dementsprechend ist auch in der 4. Änderung des Teilbebauungsplans Obergänserndorf die Kenntlichmachung der geänderten Flächenwidmung in diesem Bereich abzuändern. Weiters soll der in diesem Bereich vorgesehene „öffentlicher Weg, der weder Durchzugs- noch Aufschließungsstraße“ lediglich im Bereich der öffentlichen Verkehrsfläche-Fußweg ausgewiesen werden. Durch die geplante Abänderung des Teilbebauungsplans erfolgt eine Anpassung an die tatsächliche Verkehrssituation. Relevante Auswirkungen auf das Ortsbild sind durch die Abänderungen gegenüber dem aufgelegten Entwurf nicht zu erwarten.

Aufgrund noch erforderlichen Abklärungsbedarfs soll der **Änderungspunkt O1** (vorerst) nicht beschlossen werden. In diesem Bereich muss noch die genaue Lage einer Kanalleitung sowie die Eigentumsverhältnisse im Bereich des nördlichen Weges geklärt werden.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf unter Berücksichtigung der oben angeführten Abänderungen bei den Änderungspunkten 19 und 20 (sowie ohne Änderungspunkt O1) mittels folgender Verordnung zu beschließen:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Obergänserndorf** dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Obergänserndorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	18	Zustimmungen
		Gegenstimmen
	3	Stimmenhaltungen

7-OBL, GR- Hofbauer Eva

Top 18.) **KG Hetzmannsdorf: 4. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit traf eine schriftliche Stellungnahme zur 4.Änderung des Teilbebauungs-planes Hetzmannsdorf ein.

Diese Stellungnahme wurde von Hr. Mag. Florian Zeh zur 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes sowie zur 4.Änderung des Teilbebauungsplans Hetzmannsdorf eingebracht. Zum Großteil bezieht sich die Stellungnahme auf die Flächenwidmungs-planänderung der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes. Hr. Mag. Zeh bezieht sich auf §34 Abs. 1 Änderung des Bebauungsplans des NÖ Raumordnungsgesetzes welcher vorsieht, dass „Der Bebauungsplan ist dem geänderten örtlichen Raumordnungs-programm anzupassen, wenn seine Festlegungen von der Änderung berührt werden. Der Bebauungsplan darf abgeändert oder durch einen neuen ersetzt werden... , Zi. 3 wenn sich Festlegungen als gesetzwidrig herausstellt oder ...“ Aus Sicht seiner Ausführungen ist die geplante Änderung (Anm. der Flächenwidmung) gesetzwidrig, daher sollte auf dieser Grundlage ein Bebauungsplan erstellt werden, dieser ebenfalls gemäß vorstehender Norm zu korrigieren wäre.

Da die Stellungnahme zum Großteil auf die Umwidmung in „Grünland-Freihaltefläche-Verkehrsinfrastruktur“ eingeht ist dieser Teil der Stellungnahme als Teil der Beschlussfassung der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes anzusehen und wurde auch unter diesem Tagesordnungspunkt behandelt. Weiters ist im gegenständlichen Änderungsverfahren lediglich die Kenntlichmachung der Widmung vorgesehen. Weitere Festlegungen im Bebauungsplan sind für den gegenständlichen Bereich nicht vorgesehen.

Aufgrund der von Hr. Mag. Zeh eingebrachten Stellungnahme wurde seitens der Gemeindevertreter mit Hr. Mag. Zeh Kontakt aufgenommen und der Sachverhalt detailliert erläutert. Da bis dato noch kein Feststellungsbescheid gemäß §29 Abs. 4 Eisenbahngesetz 1957 vorliegt soll die Umwidmung (vorerst) und damit auch die Kenntlichmachung der Flächenwidmung im Teilbebauungsplan gemäß den Auflageunterlagen erfolgen.

Daher empfiehlt der Gemeindevorstand:

*Diese Stellungnahme wird **zur Kenntnis** genommen.*

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Die Beschlussfassung soll in zwei Verordnungen erfolgen. Die **Änderungspunkte 11, 13, H1 und H2** sind hierbei Teil der **Verordnung A**.

Der **Änderungspunkt 10** soll aufgrund des noch fehlenden eisenbahnrechtlichen Feststellungsbescheides (siehe auch Gemeinderatsbeschluss der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes) als **Verordnung B** beschlossen werden um eine Verzögerung der Rechtskraft der weiteren Änderungspunkte zu verhindern.

Aufgrund noch erforderlichen Abklärungsbedarfs soll der Änderungspunkt 12 nicht zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt nunmehr den Antrag, die 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf unter Berücksichtigung der oben angeführten Abänderung (**ohne Änderungspunkt 12**) mittels folgender Verordnung A zu beschließen:

Verordnung A:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGB1. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Hetzmannsdorf** (Änderungspunkte 11, 13, H1 und H2) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Darüber hinaus wird in §3 der Bebauungsvorschriften des Teilbebauungsplans Hetzmannsdorf die bislang rechtskräftige Regelung

1.) Dachformen

1.1 Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind im Hinblick auf die Gestaltung der Bauwerke im Sinne des § 56 NÖ Bauordnung 2014 für die Dachformen keine gesonderten Anforderungen festgelegt.“ gelöscht.

§ 3

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 4

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge alle Punkte außer Pkt. 10 u. 12 des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	...	Gegenstimmen	
	4	Stimmenhaltungen	7-OBL, Grüne

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler stellt nunmehr den Antrag, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen und die 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf (Änderungspunkt 10) mittels folgender Verordnung B zu beschließen:

Verordnung B:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Hetzmannsdorf** (Änderungspunkt 10) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge den Punkt 10 der 4. Änderung des Teilbebauungsplanes Hetzmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	18	Zustimmungen	
	...	Gegenstimmen	
	3	Stimmenhaltungen	7-OBL, GR- Hofbauer Eva

Top 19.) **KG Würnitz: 3. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch durch die Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 3. Änderung des Teilbebauungsplanes Würnitz war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während

dieser Zeit traf keine schriftliche Stellungnahme zur 3.Änderung des Teilbebauungsplanes Würnitz ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Aufgrund einer Abänderung der Flächenwidmung bei Änderungspunkt 25 der 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes erfolgt auch die Abänderung der Kenntlichmachung der Flächenwidmung in der 3.Änderung des Teilbebauungsplans Würnitz. Die Bebauungsbestimmungen in diesem Bereich bleiben unverändert.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 3. Änderung des Teilbebauungsplanes Würnitz unter Berücksichtigung der oben angeführten Abänderung bei Änderungspunkt 25 mittels folgender Verordnung zu beschließen:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBl. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Würnitz** dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Weiters wird in §3 der Bebauungsvorschriften der Marktgemeinde Harmannsdorf für die Katastralgemeinde Würnitz folgende Regelung:

„1. Dachformen

1.1. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind im Hinblick auf die Gestaltung der Bauwerke im Sinne des § 56 NÖ Bauordnung 2014 für die Dachformen keine gesonderten Anforderungen festgelegt.“

gelöscht.

Weiters wird § 3 Abs. 2.3 der Bebauungsbestimmung zur Festlegung von Abstellanlagen für Kraftfahrzeuge von

„2.3. Bei Herstellung von zwei oder mehr zusätzlichen Wohneinheiten auf einem Bauplatz im Zuge eines Aus-, Zu- oder Umbaus sind mindestens zwei Abstellplätze je neuer Wohneinheit auf dem Bauplatz neu zu schaffen.“

in

„Bei Herstellung von zwei oder mehr zusätzlichen Wohneinheiten auf einem Bauplatz im Zuge eines Aus-, Zu- oder Umbaus sind mindestens zwei Abstellplätze je neuer Wohneinheit auf dem Bauplatz neu zu schaffen. Ausgenommen hiervon sind Bauplätze im Bauland-Kerngebiet.“

abgeändert.

§ 3

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 4

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die 3. Änderung des Teilbebauungsplanes Würnitz beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	4	Stimmenhaltungen	7-OBL, Grüne

Top 20.) **KG Mollmannsdorf: 5. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Bürgermeister Mag. Norbert Hendler übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit traf keine schriftliche Stellungnahme zur 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Aufgrund einer Besprechung mit den Vertreterinnen des Amtes der NÖ Landesregierung am 16.11.2020 erfolgte eine Anpassung der Plandarstellung des Änderungspunktes 18 im Rahmen der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes. Dementsprechend soll auch die Kenntlichmachung der Flächenwidmungsplanänderung des Änderungspunktes 18 in der 5. Änderung des Teilbebauungsplan Mollmannsdorf angepasst werden. Die Straßenfluchtlinie soll nunmehr zum Großteil westlich des Böschungsfußes verlaufen. Dadurch wird die ebene Fläche in die öffentliche Verkehrsfläche integriert. Anpassungen der Straßenfluchtlinie erfolgen ebenfalls entsprechend des Bestands des Streusplittlagers und des Friedhofabfall-sammlers. Relevante Auswirkungen sind durch die geringfügige Abänderung der Straßenfluchtlinie gegenüber dem aufgelegten Entwurf nicht zu erwarten.

Die Beschlussfassung soll in zwei Verordnungen erfolgen. **Die Änderungspunkte 1, 17 und 18 sind hierbei Teil der Verordnung A.**

Der **Änderungspunkt 16** soll aufgrund des noch fehlenden eisenbahnrechtlichen Feststellungsbescheides (siehe auch Gemeinderatsbeschluss der 23. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes) als **Verordnung B** beschlossen werden um eine Verzögerung der Rechtskraft der weiteren Änderungspunkte zu verhindern.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf (**Änderungspunkte 1, 17 und 18**) unter Berücksichtigung der oben angeführten Abänderung bei Änderungspunkt 18 mittels folgender Verordnung A zu beschließen:

Verordnung A:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Mollmannsdorf** (Änderungspunkte 1, 17 und 18) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung

durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die Punkte 1,17 und 18 der 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	...	Gegenstimmen	
	4	Stimmenhaltungen	7-OBL, Grüne

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf (**Änderungspunkt 16**) mittels folgender **Verordnung B** zu beschließen:

Verordnung B:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGB1. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Mollmannsdorf** (Änderungspunkt 16) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge den Punkt 16 der 5. Änderung des Teilbebauungsplanes Mollmannsdorf beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen	
	...	Gegenstimmen	
	4	Stimmenhaltungen	7-OBL, Grüne

Top 21.) **KG Kleinrötz: 1. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Bürgermeister Mag. Norbert Hendl übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit traf keine schriftliche Stellungnahme zur 1.Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Die Beschlussfassung soll in zwei Verordnungen erfolgen. Die Änderungspunkte 1 und 15 sind Teil der Verordnung A. Änderungspunkt 14 soll jedoch in einer separaten Verordnung B beschlossen werden um eine zeitliche Verzögerung der Rechtskraft der anderen Änderungspunkte zu verhindern.

Die Trennung erfolgte aufgrund der noch fehlenden Begutachtung des Änderungspunktes 14 im Rahmen der gleichzeitig zu beschließenden 23.Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz mittels folgender Verordnung A (Änderungspunkte 1 und 15) zu beschließen:

Verordnung A:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Kleinrötz** (Änderungspunkte 1 und 15) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Bebauung und Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge die Punkte 1 und 15 der 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz beschließen.

Abstimmungsergebnis	18	Zustimmungen
		Gegenstimmen
	3	Stimmenhaltungen

7-OBL, GR- Hofbauer Eva

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz mittels folgender **Verordnung B (Änderungspunkt 14)** zu beschließen:

Verordnung B:

Zu diesem Punkt verlässt GR Wilfried Fasching wegen Befangenheit den Sitzungssaal

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGBL. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Kleinrötz** (Änderungspunkt 14) dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Bebauung und Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der 2-wöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Antrag: Der Gemeinderat möge den Punkt 14 der 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Kleinrötz beschließen.

Abstimmungsergebnis	17	Zustimmungen
	...	Gegenstimmen
	3	Stimmenhaltungen

7-OBL, GR- Hofbauer Eva

GR- Wilfried Fasching kehrt in den Sitzungssaal zurück

Top 22.) **KG Seebarn: 1. Änderung des Teilbebauungsplanes**

Der Bürgermeister übergibt das Wort an den mit der Ausarbeitung der Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes beauftragten Raumplaner Dipl. Ing. Karl-Heinz Porsch von der Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH.

Der Entwurf der geplanten 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Seebarn war in der Zeit vom 01.10.2020 bis 12.11.2020 im Gemeindeamt Harmannsdorf öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit traf keine schriftliche Stellungnahme zur 1.Änderung des Teilbebauungsplanes Seebarn ein.

Vom Amt der NÖ Landesregierung, Abt. RU1 (Frau MMag. Kaufmann), wurden bisher keine Bedenken gegen den aufgelegten Entwurf übermittelt.

Der Herr Bürgermeister stellt nunmehr den Antrag, die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Seebarn mittels folgender Verordnung zu beschließen:

§ 1

Auf Grund der §§ 33 und 34 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014, LGB1. 3/2015 i.d.g.F., wird der Teilbebauungsplan in der **Katastralgemeinde Seebarn** dahingehend abgeändert, dass die auf der hierzu gehörigen Plandarstellung durch rote Signatur dargestellten Festlegungen der Einzelheiten der Bebauung und der Verkehrserschließung erlassen werden.

§ 2

Weiters wird in §3 Abs. 1.3 der Bebauungsvorschriften der Marktgemeinde Harmannsdorf für die Katastralgemeinde Seebarn folgende Regelung

„Bei Herstellung von zwei oder mehr zusätzlichen Wohneinheiten auf einem Bauplatz im Zuge eines Aus-, Zu- oder Umbaus sind mindestens zwei Abstellplätze je neuer Wohneinheit auf dem Bauplatz neu zu schaffen.“

in

„Bei Herstellung von zwei oder mehr zusätzlichen Wohneinheiten auf einem Bauplatz im Zuge eines Aus-, Zu- oder Umbaus sind mindestens zwei Abstellplätze je neuer Wohneinheit auf dem Bauplatz neu zu schaffen. Ausgenommen hiervon sind Bauplätze im Bauland-Kerngebiet.“

abgeändert.

§ 3

Die Bebauungsbestimmungen und die Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegen im Gemeindeamt Harmannsdorf während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

Antrag: Der Gemeinderat möge die 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Seebarn beschließen.

Abstimmungsergebnis	18	Zustimmungen
	...	Gegenstimmen
	3	Stimmenhaltungen

7-OBL, GR- Hofbauer Eva

Top 23.) **Grundsatzbeschluss – Weiterführung IST-Mobil ab 01.04.2021 bis 30.03.2022**

Sachverhalt

Im Bezirk Korneuburg wurde im April 2015 eine flächendeckende bedarfs- und nachfrageorientierte Mikromobilitätslösung installiert. Die erste Betriebsphase endete am 31.3.2018. Nach Evaluierung des Systems erfolgte eine Weiterführung des Projektes Bezirk Korneuburg IST-mobil per 1. April 2018, die dreijährige Vertragslaufzeit endet nun mit 30.3.2021. Der bestehende Vertrag mit IST-mobil soll um ein Jahr bis 30.3.2022 verlängert werden. Das Bedienungsgebiet soll um die Marktgemeinde Langenzersdorf erweitert werden.

Zielsetzung des Systems ist nach wie vor eine einheitliche Mikromobilitätslösung, mit dem Fokus auf Stärkung der innerörtlichen Erreichbarkeiten bzw. der Ab- und Zubringerfunktion zu höherrangigen öffentlichen Verkehrsangeboten (Bahn und Regionalbus). Die Sicherstellung einer eigenständigen Mobilität für nichtmobile Bevölkerungsgruppen (Senioren, Jugendliche) und die Vermeidung von Hol- und Bringdiensten für Familienangehörige sind weitere Merkmale dieses sozial orientierten Mobilitätsprojektes.

Die Mikromobilitätslösung soll wie gehabt durch folgende Dienstleistungen bedarfsorientiert und effizient umgesetzt werden:

- Regionsweite Bedienung und Fahrtenvermittlung
- Softwareunterstützte, automatisierte und zentrale Disposition
- ein einheitliches, bedarfsorientiertes Haltepunktenetz
- Anerkennung von Zeitkarten (Verbundgebiet des VOR)
- Schnittstelle und Beauskunftung zum öffentlichen Verkehr
- Einbindung der regionalen Taxi- und Mietwagenunternehmer

Beschluss

Der Gemeinderat/~~Gemeindevorstand~~ der Marktgemeinde **Harmannsdorf** beschließt die Verlängerung der regionsweiten Mikromobilitätslösung Bezirk Korneuburg IST-mobil per 01. April 2021 für ein Jahr bis 30.3.2022, laut der beiliegenden Dokumente: AST KO IST-mobil Förderantrag_10112020 und AST KO ISTmobil_Fördervertrag_10112020 und wird die Bewerbung aktiv vorantreiben.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde **Harmannsdorf** beschließt, dass der dafür erforderliche **Gesamtfinanzierungsbetrag** in der Höhe von Euro **16.941,88** jährlich für einen einjährigen Betrieb zur Verfügung gestellt wird.

Dieser Gesamtfinanzierungsbetrag ist quartalsmäßig im Vorhinein zu zahlen, wobei im Anschluss die bezahlten Rechnungen inkl. Zahlungsbelege vom Regionsbüro 10vorWien zur Förderung

durch das Land NÖ (NÖ Nahverkehrsfinanzierungsprogramm) eingereicht werden. Nach Zusage und Auszahlung der Förderung durch das Land NÖ werden vom Regionsbüro 10vorWien die aliquoten Gemeindebeträge an die Gemeinden überwiesen. Die Förderquote wird, vorbehaltlich der formalen Zusage durch das Land NÖ, **36%** und zusätzlich die halbe USt. (10%) betragen.

Die Marktgemeinde Harmannsdorf ist weiterhin bereit, am Projekt Weiterführung des IST – Mobiles teilzunehmen. Die Kosten dafür belaufen sich im Jahr 2021 auf ca. € 16.900,--

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die grundsätzliche Bereitschaft zur Weiterführung des IST-Mobiles beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 24.) **KG Hetzmannsdorf: Grundsatzbeschluss – Gemeindebeitrag Ankauf MTF**

Die FF- Hetzmannsdorf beabsichtigt 2021 die Anschaffung eines MTF. Hierfür stellt die FF- Hetzmannsdorf den Antrag eines Finanzierungsbeitrages in der Höhe von € 20.000,--.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Finanzierungsbeitrag (ist im NTVA 2021 vorzusehen), beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 25.) **Heizkostenzuschuss 2020/2021**

Die Marktgemeinde Harmannsdorf wird auch für die Heizsaison 2020/2021 einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von € 135.--, konform den Richtlinien des Landes NÖ, an Bedürftige ausbezahlen.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Heizkostenzuschuss 2020/2021 beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 26.) **Kaufangebot Familie Hainzl – Grst.Nr. 2/2 KG Würnitz**

Seitens der Marktgemeinde Harmannsdorf wurde der Familie Hainzl ein Kaufangebot betreffend der Liegenschaft in der KG Würnitz – GstNr. 2/2 gelegt. Die Fläche von 320 m² werden zum Preis von € **38.336,--** angeboten. Davon werden 208 m² mit der geplanten Widmung „BW-2WE“ zum Preis von € 180,--/m² und 112 m² mit der geplanten Widmung „Gfrei-TT“ zum Preis von € 8,--/m² angeboten.

Der Kaufwerber hat bereits das Kaufangebot unterzeichnet.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge dem Kaufangebot und damit verbunden dem Verkauf der Liegenschaft zustimmen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 27.) **KG Rückersdorf: Ausscheidung aus öffentlichen Gut und Übernahme in den Besitz der Markt-gemeinde Harmannsdorf**

Das Grundstück (Grundstücksnummer: 6341/3, Einlagezahl: 802, Katastralgemeinde: Rückersdorf) soll aufgrund der Freigabe der Aufschließungszone BW-A20 vom 23.06.2020 vom öffentlichen Gut in den Privatbesitz der Marktgemeinde Harmannsdorf übernommen werden. Das Grundstück wird nicht im öffentlichen Gut der Marktgemeinde Harmannsdorf benötigt und daher aus dem öffentlichen Gut ausgeschieden. Die Widmung zur Aufhebung aus dem Gemeingebrauch wird bestätigt. Es sind auch keine sonstigen Hindernisgründe für eine solche Durchführung bekannt. Das Grundstück soll als Bauplatz (Flächenwidmung „BW-2WE“) in den Privatbesitz der Marktgemeinde Harmannsdorf übernommen werden.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Ausscheidung aus dem öffentlichen Gut und Übernahme in den Privatbesitz der Gemeinde, wie vorstehend angeführt, beschließen.

Abstimmungsergebnis	19	Zustimmungen	
		Gegenstimmen	
	2	Stimmenhaltungen	7-OBL

Top 28.) **Beitrag – Wochenendzüge Regiobahn**

Die Regiobahn hat um eine Zuwendung zum Betriebsaufwand in der Höhe von € 1.400,-- ange-sucht.

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge den Beitrag beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 29.) **Subventionen**

Es liegen folgende Subventionsanträge vor:

a.) **ÖKB Obergänsersdorf** - Jahressubvention **€ 400,--**

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Subvention beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

b.) Freiwillige Feuerwehr Hetzmannsdorf: Antrag auf eine 50%-ige Förderung auf Investitionen im Bereich Bekleidung sowie Handscheinwerfer und Pumpenankauf zum Preis von € 5.678,40

50 % Subvention € 2.839,20

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Subvention beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

c.) Friedenslicht - jährliche Subvention € 450,--

Antrag des Gemeindevorstandes: Der Gemeinderat möge die Subvention beschließen.

Abstimmungsergebnis	21	Zustimmungen
		Gegenstimmen
		Stimmenhaltungen

Top 30.) **Bericht des Bürgermeisters und der Ausschussobmänner**

Bürgermeister Mag. Norbert Hendl berichtet:

Das Land NÖ hat über die eingebrachte Aufsichtsbeschwerde im Zusammenhang mit dem VS-Neubau und Ausschreibungen, wie auch schon das LVWG. keine Fehler orten können, und die Rechtmäßigkeit der Vergabeverfahren bestätigt.

Nachstehende GfGR geben einen kleinen Bericht über deren Ausschüsse.

Vizebürgermeister Alexander Raicher
GfGR Peter Schagerl
GfGR Mag. Karl Wendy
GfGR Ing. Roman Kamleitner
GfGR Ing. Jan Salbrechter
GfGR Martin Eichberger

Gemäß § 47 NÖ Gemeindeordnung werden die nachstehenden Punkte in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt:

Top 31.) **Personalangelegenheiten**

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am xx.xx.2021
genehmigt --- abgeändert --- nicht genehmigt.

.....
Bürgermeister

.....
Schriftführer

.....
Vizebürgermeister

.....
Gf. Gemeinderat ÖVP

.....
Gf. Gemeinderat SPÖ

.....
Gf. Gemeinderat FPÖ

.....
Gemeinderat 7-OBL

.....
Gemeinderat GRÜNE